

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
 Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
 Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsberichte u. dergl. sind die Redaktion direkt zu richten.)
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 9.

Berlin, den 2. März 1913.

14. Jahrgang.

Was geht vor?

Die Arbeitgebervertreter des Baugewerbes haben, wie uns bekannt ist, bei den Verhandlungen in München und Berlin eine ziemliche Friedensliebe bekundet. War diese Friedensliebe echt, oder war sie nur Berechnung nach außen?

Es geht zurzeit ein seltsames Rauschen durch die Organe der Arbeitgeber und die ihnen nahe stehende Tagespresse. Und es hat den Anschein, als ob sich ernsthaftere Dinge vorbereiteten. Sowohl im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wie auch im Holz- und Malergewerbe bläsen ganze Teile zum Kampf. Augenscheinlich zurzeit noch in der Minderheit, drohen sie mehr und mehr an Boden zu gewinnen. Unscheinend können sich die Führer der Arbeitgeber dieser Strömung nicht mehr ganz erwehren.

Was geht vor? Die Schiedssprüche im Holz- und Malergewerbe haben in verschiedenen Arbeitgeberkreisen Unstosß erregt. Insbesondere sind auch maßgebende Arbeitgeberkreise im Baugewerbe unangenehm davon berührt. Die „Baugewerks-Zeitung“ hat das deutlich durchblicken lassen. Die überwiegende Majorität der Arbeitgeber im Holzgewerbe hat den Schiedsspruch jedoch angenommen. Auch die Fachzeitschrift der Arbeitgeber hat den Schiedsspruch verteidigt. Trotzdem ist neuerdings eine Einigung in Frage gestellt. Die eigentlichen Gründe hierfür sind nicht klar erkennbar, die angegebenen haben zu geringen Wahrscheinlichkeitswert. Uns will dünken, daß andere Kreise, die ein Interesse an dem Nichtzustandekommen dieses Parisertrages haben, eifrig am Schüren sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat dieser Tage einen Waschzettel an die Tagespresse versandt, der die Konjunktur im Baugewerbe als geradezu trostlos bezeichnet. Woher diese Feststellung? Sie ist das Resultat einer eigenen Kundfrage. Weiß man nun, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im vorigen Herbst seine Unterverbände angewiesen hat, angefangene Arbeiten möglichst zu beenden, und neue nicht anzufangen, dann erkennt man den Wert dieser Feststellung. Unscheinend haben die Befragten wohl verstanden, welche Antwort erwünscht war. Inzwischen fordert der Arbeitgeberbund erneut seine Mitglieder auf, die Streiklausel unter allen Umständen in die Bauverträge aufzunehmen.

Will man es zum Krach treiben? Die scharfmacherische Kundgebung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Saarrevier, die Freiherrn von Berlepsch schmährt und die nach dem starken Mann, dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, ruft, läßt diese Annahme ohne weiteres zu. Diese Herrschaften scheinen nach einem besonderen Ruhmeskranz zu dürsten. Wer steht dahinter? Sogar industrielle Scharfmacher?

Ist dieses alles nur Stimmungsmache, Flau-macherei, um die Arbeiter einzuschüchtern, oder um die Unparteiischen ungehörig zu beeinflussen? Möge man die Rechnung nicht zu kurz stellen. Jedenfalls wird es sich bald zeigen, welche Mächte die Oberhand behalten, ob die Kriegspartei die stärkere ist. Wir aber sollen uns vorsehen, damit unangenehme Ueberraschungen uns nicht unvorbereitet treffen. Parole muß sein: Jedermann an seinem Posten!

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und verwandte Betriebe im Saargebiet veröffentlicht folgende Erklärung:

In Nr. 152 der „Röln. Ztg.“ ist eine Notiz über die „Einigung im Holzgewerbe“ zu lesen des Inhalts, daß „durch Schiedsspruch für alle Orte die Differenzen in Bezug auf Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverförmung und Dauer der Verträge vorbehaltlich der Zustimmung der Ortsparteien erledigt wurden. Die Vertragsdauer beträgt vier Jahre. Die gewährten Lohnerhöhungen in den einzelnen Orten betragen vier bis sieben Pfennig für die Stunde.“ Man traut bei solcher Lektüre seinen Augen kaum. Sind das die berühmten „Scharfmacher“, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor den Forderungen der Arbeiter zusammenstürzen und sich von Unparteiischen mit klugreichen Ramen ins Vorhorn jagen lassen? Wer muß denn in solchen Fällen die Bege bezahlen? Der Unparteiische gewiß nicht. Und das Publikum, das als „öffentliche Meinung“ so sehr Anteil nimmt? Es wird sich hüten, auf Grund dieser Art erhöhter Lufosten einen Mehrpreis zu zahlen, ebensowenig wie die Behörden. Es muß in der Tat dem Holzgewerbe noch zu gut gehen, wenn es zu solchen Forderungen durch seine Vertreter sich herbeiläßt. Was sollen die ganze Pflanzung über das schwerbedrückte Handwerk und über die Reform der Submissionsbedingungen, wenn anstandslos die Mehrforderungen mit jeder Vertragsperiode bewilligt werden? Die Behörden und wer alles mit Submissionen zu tun hat, müßten sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie die Klagen und das Jammern berücksichtigen wollten angesichts der Tatsache, daß Schwächlichkeit und Mangel an Arbeitgeberbewußtsein den Arbeiterforderungen gegenüber leichtsinnig jede Gewinnreduktion übernehmen lassen. Einer solchen kommt dieser Entschluß gleich, denn es ist ausgeschlossen, daß die Mehrkosten der Herstellung durch entsprechende Preiserhöhungen wieder eingeholt werden. Das muß ein jeder, der auch nur einigermaßen über die im Holzgewerbe herrschenden Zustände orientiert ist, zugeben.

Und dann sei noch eine Frage gestellt: Wo bleibt der mit allen möglichen Versprechungen ins Leben gerufene „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände“? Durch den mitgeteilten Beschluß ist einer der Hauptpunkte, der dem Zusammenschluß das Wort redete, in seiner Wirkung so gut wie ausgeschaltet, indem eine vierjährige Vertragsdauer festgelegt wurde. Der diesjährige Ablauf verschiedener Tarifverträge bot die Möglichkeit einheitlicher Terminbestimmung. Die Verhandlungen im Baugewerbe sind noch nicht zu einem Neuaufschluß gediehen, democh geht man in nichtachtender Eigempilligkeit dazu über, für das Holzgewerbe eine Vertragsdauer festzulegen, die auf die übrigen Gewerbe keine Rücksicht nimmt und dadurch den Arbeiter wieder in die Hände spielt, was der Zufall für die Unternehmer fügte. Angestrichelt berartiger Taktiken muß man an allem guten Willen zweifeln und zur Ueberzeugung gelangen, daß örtliche und bezirksweise Verträge und Vereinigungen der Arbeitgeber so lange vorzuziehen sind, als die das Handwerk in sich schließenden Reichsverbände eine Taktik und Haltung an den Tag legen, die einer Vertretung von Unternehmern, die auch nur einigermaßen Rück-

grat und Selbstbewußtsein in sich spüren, direkt unwürdig sind.

Diese Erklärung ist deutlich genug.
„Schutz der Arbeitswilligen“ und „Verbot des Streikpostenstehens“.
 (Ein Rückblick auf die letzten diesbezüglichen Vorgänge.)

Diese alte Geeschlange wurde gelegentlich der Einbringung einer konservativen Resolution zwecks Verbots des Streikpostenstehens, in ihrer ganzen Länge, sowohl in den Parlamenten als auch in der Presse, wieder ausgerollt. Die Resolution der Konservativen, die Graf Westarp begründete, wurde erfreulicherweise vom Reichstage mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Staatssekretär Belbrück, dem man beim besten Willen nicht Einseitigkeit zugunsten der Arbeitnehmer nachsagen kann, erklärte sich ebenfalls in bestimmter Form gegen ein Verbot des Streikpostenstehens. Er führte aus, daß nur der geringste Teil des „Terrorismus an Arbeitswilligen“ von den Streikposten ausgeht werde, auch sei es äußerst schwierig, eine juristische Definition des Streikpostenstehens zu erhalten.

„Um Ausschreitungen der Streikposten und Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks zu begegnen, genügen die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen. Das bestätigen die Erfahrungen im Ruhrrevier.“

Während er so einerseits die konservative Resolution namens der Regierung ablehnte, kündigte er jedoch andererseits „eine systematische Veränderung unserer strafrechtlichen Bestimmungen, welche eine völlige Beseitigung der Belästigung der Arbeitswilligen bringen sollen,“ an. Da liegt der Hase im Pfeffer! Gewiß, die nicht gerade von Sachkenntnis getriebenen Ausführungen und die Resolution der Konservativen, die sich diesmal als Mundstück der Scharfmacher alten Stils mißbrauchen ließen, schüttelten die Regierung sowohl wie auch die übrigen Parteien des Reichstages ab. Deswegen aber hat die gesamte Arbeiterschaft, besonders aber die christlich-nationale Arbeiterschaft, keinerlei Ursache, sich wegen des Koalitionsrechtes in Sicherheit zu wiegen. Sowohl die Regierung als auch die Scharfmacher neueren Stils planen, darüber braucht heute niemand im Zweifel zu sein, neue Beschränkungen des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft; trotzdem das jetzige Koalitionsrecht keineswegs als frei und den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechend bezeichnet werden kann. Der ominöse § 153 der Gewerbeordnung, der sich ohne weiteres als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter richtet, besteht noch zu Recht. Die Unternehmer können nach wie vor ungestraft die Arbeiter mit allen möglichen Mitteln von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fernhalten. Gegen sie schießt kein Staatsanwalt ein, denn der § 153 richtet sich nur gegen den Koalitionszwang der Arbeiter. Die Eliminierung des Koalitionsrechtes durch scharfmacherische Unternehmer bleibt nach wie vor kraßlos.

Trotzdem sind in den letzten Jahren außerordentlich viele und einflussreiche Kreise, die sonst durchaus nicht immer konform miteinander gehen, gegenüber der Arbeiterschaft darin einig, daß die Vergewaltigung bei Streiks und Aussperrungen vorkommen, noch schärfer geahndet werden sollten. Der freikonservative Herr von Kardorff meinte, die Sozialdemokratie müßte mit den Machtmitteln des Staates bekämpft werden, denn sie sei keine geistige Bewegung. Darum

müßten auch die Streikvergehen noch schwerer bestraft werden. Die über 2000 Bestrafungen während und nach dem Bergarbeiterstreik zeigten höchstens, daß die Strafen nicht ausreichten.

Wenn wir auch der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie, wie mächtiglich bekannt, wahrhaftig nicht freundlich gegenüberstehen und uns des öfteren gegen ihren Terror wehren müssen, so kann man ihr doch im Ernste nicht die Bezeichnung als geistige Bewegung absprechen. Geistige Bewegungen aber, die so tief ins Volk eingedrungen sind, kann man nicht mit „Macht mit dem Staat“ bannen, sondern nur durch eine geist- und kraftvolle Gegenbewegung, wie sie die christlich-nationale Arbeiterbewegung darstellt. Diese würde man aber zweifellos mitreffen, wenn die Strafgesetzgebung noch weiter einseitig zugunsten der Arbeiter bei wirtschaftlichen Arbeitskämpfen verschärft werden sollte; denn auch die christlich-nationalen Organisationen können die gewerkschaftlichen Hilfsmittel, wie Streikpostenstreifen, Beeinflussung der Streikbrecher, Boykott usw. nicht entbehren. Ohne diese bis jetzt erlaubten Mittel wäre das Koalitionsrecht eine Farce.

Wessen sich die gesamte aufrechte Arbeiterschaft von den gesetzlichen Vertretungen der Unternehmer wie Handels- und Handwerkskammern, zu verschreiben geht, geht daraus hervor, daß von 60 von Herrn von Westarp befragten Handelskammern 41 neue gesetzliche Maßnahmen gegen die Arbeiter verlangten; 12 sprachen sich für schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen aus, 4 hätten noch keine „genügenden Erfahrungen“ auf dem Gebiete gesammelt, und nur 3 Handelskammern waren mit dem schon jetzt sehr weitgehenden Schutz der Streikbrecher zufrieden. Selbstverständlich fehlte die reaktionäre Stimme der Handwerkskammern nicht. Der deutsche Handwerkskammertag sprach sich ebenfalls für einen noch besseren Schutz der Streikbrecher aus. Es wurden aber auch Stimmen aus dem Lager der Intellektuellen laut, die sich während der öffentlichen Erörterungen über ein event. Verbot des Streikpostenstehens auf Seiten der Arbeiter stellten.

Der frühere bayerische Staatsminister von Landmann, eine gewiß nicht partielle, aber sachverständige Person, schreibt in Nr. 2 der „Deutschen Juristenzeitung“ u. a. folgendes:

„Man wird vielmehr davon ausgehen müssen, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen, und zwar insbesondere bei den Kämpfen im Gewerbe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Überwachung des Gegners ein berechtigtes und insofern auch ein notwendiges Kampfmittel ist, als diese Überwachung den streikenden Teilen ermöglicht, leichter zu beurteilen, wo der Kampf erfolgreich sein wird, oder ob er aussichtslos ist und daher eingestellt werden muß. Der den Arbeitern das Streikpostenstehen verbieten will, nimmt damit Partei für den Arbeitgeber. Die Gerechtigkeit würde es erfordern, daß den Arbeitgebern auch die Kontrollierung der von ihnen verfügten Aussperrungen bei Strafe verboten wird. Die der Gewerbe eine von ihm über die Gewerbe oder einen Betrieb verhängte Arbeitsperre durch die Streikposten kontrollieren läßt, so kontrollieren die Arbeitgeber gegenseitig die Richtempfindung ausgesetzter Arbeiter oder von „Organisierten“ durch andere Mittel, durch Arbeitsnachweise und Verbandsverbindungen. Auch die von den Arbeitgebern ausgesperrten Arbeiter sind „Arbeitswillige“, die durch solche Arbeitgeberliche Maßnahmen, durch welche ihnen die Wiedererlangung von Beschäftigung erschwert wird, ebenso bestraft werden wie die Arbeitswilligen, die bei einem Streik nicht mitmachen wollen, durch die Streikposten.“

Am Schlusse seiner Abhandlung meint der hervorragende Jurist:

„Der besten Schutz genießen Arbeitswillige freilich dann, wenn Streiks und Aussperrungen überhaupt vermieden werden. Hierüber zu schreiben, würde zu weit führen. Des wünschenswerten Mittel, um den gewerkschaftlichen Streik zu erhalten, dürfte sein, wenn Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in jedem Gewerbe sich so zum Kampf rufen, daß keiner von beiden Seiten unwillig einen Streik dem Jahre zu bröckeln wegen wird.“

Auch der Syndikus des Bundes der Industriellen, Dr. Stapf, lehnt im Gegensatz zu seinen Kollegen im Zentralverband deutscher Industrieller ein Verbot des Streikpostenstehens ab. Allerdings aus anderen Motiven heraus, als Herr von Landmann es tut. Die konservative Resolution ist ihm nicht tiefgehend genug. Zudem befürchtet er durch ein Verbot des Streikpostenstehens auch ein Verbot der „schwarzen Listen“, der „planmäßigen Überwachung“ von Betrieben, der „Kontrolle der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen“, wie sie die Unions-Organisationen eingeführt haben. Gleichwohl muß es dem Syndikus Dr. Stapf lassen, er mag die ganze Arbeit getan wissen. Seine Forderungen lauten in folgenden Forderungen:

1. Die Polizeiorgane und die Polizei sollen angewiesen werden, zur Aufrechterhaltung der Eigenschaft, Ruhe und Bequemlichkeit des Verkehrs

und der öffentlichen Ordnung“ die Streikposten wegzuweisen.

2. Die Streikjustiz müßte möglichst auf der Stelle in Funktion treten.

3. Der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung müßte beseitigt werden und den gewerblichen Arbeiterberufsvereinen die Rechtsfähigkeit in dem Sinne gegeben werden, daß sie mit ihrem Vermögen für die Tätigkeit ihrer Beamten und Mitglieder haften.

4. Verlangt der Herr Syndikus, daß bei der bevorstehenden Reform der Strafprozessordnung der Nötigungsparagraf verschärft werde, damit die Willensfreiheit des einzelnen, sein Recht auf ungestörte Berufsausübung und seine persönliche Unverletzlichkeit bei der Arbeit sichergestellt sei.“

Er erhebt diese Forderung in Nr. 2 seines Organes „Deutsche Industrie“ namens des Liberalismus. Die „Kölnische Zeitung“ tritt seinen Forderungen in einem längeren Artikel in ihrer Nr. 89 d. J. bei. Ebenso sprach sich Herr Dr. Friedberg, der natl. Führer im preussischen Abgeordnetenhaus, zugunsten einer Härtemaßnahme der Arbeiterorganisationen mit ihrem Vermögen für die Handlungen ihrer Beamten und Mitglieder aus. Natürlich fehlen als Kronzeugen und willenslose Werkzeuge der Unterdrücker bei dieser Gelegenheit die „gelben Arbeiterorganisationen“ nicht. Der „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“ wandte sich eigens durch seinen Geschäftsführer in einem langen Schreiben an den Abgeordneten Bassermann, um ihn und seine Partei für die Streikpostenverbots-Resolution zu gewinnen, was ihm allerdings nicht gelang. Wie immer, so zeigte sich auch hier wieder der wahre Charakter der gelben Unternehmerschutztruppen.

Zu den Vorschlägen des Syndikus Dr. Stapf sei bemerkt, daß die christlichen Arbeiter von dem Rechte des Streikpostenstehens nicht ablassen werden, auch wenn einzelne Unternehmer die Polizei gegen die Streikposten aufheben sollten, da sie eben nicht „Verkehr, Ruhe und Ordnung stören“. Sollten sie trotzdem fortgewiesen werden, so erfolgt tüftlicher jedesmal telegraphische Beschwerde bei der nächst vorgeordneten Behörde der Polizei. Für eine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im Sinne der obigen Vorschläge haben die christlich-nationalen Arbeiter kein Verständnis. Sie werden durch ihre Vertreter dafür sorgen, daß eine Aktionsbehinderung oder Einschränkung der Gewerkschaften, wie Dr. Stapf u. a. es gern sehen, hintertrieben wird, auf eine solche „Rechtsfähigkeit“ verzichten die Arbeiterberufsvereine. Mit der Forderung, den Nötigungsparagrafen bei der jetzigen Revision der Strafprozessordnung zu verschärfen, will man seitens der Unternehmer auf Umwegen und möglichst unauffällig einen weiteren Ausnahmeparagrafen, außer dem § 153 G.-O., gegen die Arbeiter schaffen.

Leider scheint die Regierung dem Drängen der Scharfmacher modernen Stils nachgeben zu wollen, die oben genannten Äußerungen des Staatssekretärs Delbrück lassen darauf schließen. Die christlichen Arbeiter wünschen keinen zweiten Ausnahmeparagrafen, im Gegenteil, sie fordern die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, oder aber zum mindesten seine Anwendbarkeit und Ausdehnung auch auf Koalitionsrechtsbedroher aus den Kreisen der Unternehmer. Schon die jetzige Streikjustiz arbeitet nicht nur sehr schnell, sondern sie verhängt oft Urteile, die das Rechtsempfinden des einfachen Mannes schwer beleidigen. Für jedes kleine Streikvergehen, das unter anderen Umständen vielleicht mit 10 M Geldstrafe gesühnt würde, erfolgt durchweg Erkennung auf Gefängnisstrafen. Allein für den Jurist des Wortes „Streikbrecher“ wurde z. B. in letzter Zeit bei Streiks von den Gerichten auf vier Wochen Gefängnis als „ausreichende Sühne“ erkannt!

Aus den Vorgängen der letzten Zeit lernen wir, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft und ihre Vertreter jetzt jegliche Ursache haben, die Augen offen zu halten. Letzten Endes sind alle diese Verhängungen eines gewissen Teiles des Bürgertums und der feudalen Herren nichts anderes, als Maßnahmen zur Unterdrückung und Niederhaltung der gesamten Arbeiterschaft, auch der christlich-nationalen, die um die wirtschaftliche Emanzipation und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit Erfolg kämpft. Zu diesen Maßnahmen werden die christlich-nationalen Arbeiter niemals die Hand bieten.

Was die Zeit erfordert.

Die deutschen Bauarbeiter stehen vor ernstem, zukunftsweisendem Stande. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages sind in der Schwere und die Stunde der Entscheidung rückt in greifbare Nähe. Auf welcher Seite wird sie fallen? Wird uns der gewerkschaftliche Friede erhalten bleiben oder kommt der Krieg?

Das sind die großen Fragen, die gegenwärtig von Hunderttausenden deutscher Bauarbeiter erörtert werden.

Es ist nun eine Binsenwahrheit, daß für den Ausgang und das Ergebnis von Vertragsverhandlungen in erster Linie entscheidend ist die Stärke und Schlagfertigkeit der Organisationen. Wir tun deshalb auch nur unsere Pflicht, wenn wir angesichts der jetzigen ernsten Situation erneut die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf die Stärkung und den inneren Ausbau des Verbandes lenken. Nicht, als ob wir eines eventuellen Kampfes wegen bangen müßten. Im Gegenteil. Konnten wir im verfloffenen Herbst ein erfreuliches Wachstum unseres Verbandes feststellen, so können wir heute nicht weniger Erfreuliches berichten. Betrug nach unseren damaligen Mitteilungen das Vermögen der Zentralkasse im Schlusse des ersten Halbjahres 1912 726 000 M., so ist es bis zum Jahreschlusse auf ziemlich genau eine Million angewachsen. Das ist gewiß ein erfreuliches Ergebnis. Es schließt viel, sehr viel selbstlose, hingebungsvolle Arbeit aller Mitglieder in sich, insbesondere aber der Vorstände und unserer wackeren Vertrauensmänner.

Aber nichtsdestoweniger dürfen wir nur die Hände untätig in den Schoß legen. Noch ist's ungewiß, was schon die nächste Zukunft uns bringen kann. Aber das eine ist heute schon gewiß: Die Organisation wird auch in der neuen Tarifperiode sich vor gewaltige Aufgaben gestellt sehen. Diese vermehren sich nicht, sondern sie suchen sich mit der fortwährenden Entwicklung des Verbandes. Auch unser Verband wird in der Folgezeit nicht daran vorbeikommen, Probleme, die der gewerkschaftlichen Lösung noch harren, in den Bereich der Verantwortlichkeit zu ziehen. Das Unterstützungswesen wird Ausbau und Erweiterung erfahren müssen.

Dazu aber ist Voraussetzung, daß die Betriebsaktivität für den Verband nicht nachläßt. Die schon bald einsetzende Frühjahrsagitation muß mit Feuerkraft in die Hand genommen und betrieben werden. Schon heute müssen die Vorstände die notwendigen Beratungen treffen oder sie sollten schon getroffen sein. Besonders Sorgfalt muß den Zuwandernden gewidmet werden. Dem Grundübel des Nichtanmeldens, das scheinbar unausrottbar ist, suche man durch eine wirksamere Kontrolle auf den Arbeitsstellen zu begegnen.

Zu dem Zweck ist seitens der Zahl- und Verwaltungsstellenvorstände nach wie vor das größte Gewicht auf das Baudelegiertenwesen zu legen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Orten, wo das Baudelegiertenwesen allgemein eingeführt ist, auch die Organisationsverhältnisse gute sind. Das ist auch nur natürlich. Denn durch die Kontrolle auf der Arbeitsstelle werden auch jene Lauen und Trübsener erreicht, die sich andauernd von den Versammlungen drücken und die auch oft genug Ursache haben, sich der Kontrolle des Hauskassierers zu entziehen. Dann ist auch gar nicht zu verkennen, daß bei einem gut ausgebauten Baudelegiertenwesen der Bauarbeiterschutz Fortschritte macht. Auch dieser Umstand ist geeignet, die Mitglieder enger an die Organisation zu fetten.

Der Grundpfeiler einer Organisation ist das Hauswesen. In der Beziehung erwachsen gerade in diesen Wochen Vorständen und Mitgliedern ernste Pflichten. Beginnt doch jetzt wieder die beitragspflichtige Zeit, und wenn der Hauskassierer den Kollegen diese Nummer der Baugewerkschaft in die Hand gibt, ist damit auch zugleich der erste Wochenbeitrag fällig. Der Beitrag soll a l l w ö c h e n t l i c h einliefert werden. Demgemäß müssen die Vorstände ihre Vorbereitungen treffen. Hier hängt alles von dem Funktionieren oder Nichtfunktionieren des Hauskassierers ab. Die Vorstände müssen alles aufbieten, um die genügende Anzahl Hauskassierer zu Verfügung zu haben. Hat ein Hauskassierer eine zu große Mitgliederzahl zu bedienen, so geht's meist auf Kosten der Gewissenhaftigkeit. Gewiß, es gibt Hauskassierer und uns selbst sind solche bekannt, die bis zu hundert und mehr Kollegen bedient haben, die es gewissenhaft taten und sogar mit Freuden und manchmal auch ohne jede materielle Entschädigung. Solche Fälle selbstloser, opferwilliger Hingabe an die Sache die nie danach fragte, was bekomme ich dafür, sind uns besonders aus den ersten Zeiten des Verbandes bekannt. Aber heute, wo wir die Gewissenhaftigkeit haben, daß wohl überall genug Kollegen vorhanden sind, die sehr wohl einen Hauskassiererposten ausfüllen könnten, da sollten die Mitglieder selbst so viel Ehrgeiz haben und es nicht zulassen, daß die ganzen Arbeiten auf einzelne so ideal und selbstlos veranlagte Kollegen abgeschoben, diese so mit Arbeiten überlastet und dadurch vor der Zeit aufgebraucht werden.

Eine Bitte sei bei der Gelegenheit an alle Mitglieder gerichtet: Man erschwere dem Hauskassierer nicht unnötig sein Amt. Es ist ohnehin kein Vergnügen, einen oder mehrere Abende in der Woche oder ei-

Sonntag Vormittag daran zusehen und mit einem Bündel Zeitungen unterm Arm Trepp' auf, Trepp' ab zu hasten. Da sollte man, wenn der Kassierer den wöchentlichen Beitrag abholen kommt, nicht noch ein unfreundliches, mürrisches Gesicht zeigen oder ihm gar mit groben Redensarten entgegenzutreten. Schon manchen lächigen, arbeitswilligen Hauskassierer ist dadurch die Arbeit vereckelt worden und er hat sich davon zurückgezogen, weil er eine zu feinführende Natur war, um eine solche lieblose Behandlung zu ertragen. Wir bitten alle Kollegen recht dringend, sich derartiges nicht zu Schulden kommen zu lassen. Meist sind es ja wohl die Frauen, die in dieser Hinsicht fehlen. Aber auch da noch trifft in den meisten Fällen den Mann die Schuld. Er hat es nämlich unterlassen, die Frau darüber aufzuklären, weshalb er den gewerkschaftlichen Beitrag zahlen muß, und daß dies nur in seinem besten Interesse liegt. Er muß der Frau den Nutzen der Organisation klar machen. Wenn die Frau von dem Wirken der Gewerkschaft nichts anderes erfährt, als daß jede Woche einer ins Haus kommt, eine Zeitung abkliefert, dafür aber einige Groschen Geld mitnehmen will, dann allerdings kann man die unfreundliche, abweisende Art, die viele Frauen dem Hauskassierer gegenüber zeigen, verstehen. Würden diese Frauen nicht doch vielleicht anders denken und dann natürlich auch handeln, wenn man ihnen z. B. einmal zeigt, daß die Gewerkschaft durch die Bewegung im Jahre 1910 eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde erzielt habe, daß der Mann mithin jährlich ca. 125 M. mehr verdient als vormals? Dazu kommt noch das gewerkschaftliche Unterstützungswesen, das heute doch wahrlich auch kein Pappentitel mehr ist. Unsere Frauen sind als viel zu praktische Rechnerinnen bekannt, als daß ihnen der Wert einer solchen Einrichtung nicht einleuchten sollte.

Vergessen wir auch nicht die Hausagitation. Sie ist neben der Bau- noch immer die ergiebigste Art der Agitation, um neue Mitglieder zu gewinnen. Sie wie auch alle anderen erfolgversprechenden Mittel müssen in diesen Frühjahrsmonaten noch einmal mit aller Energie angewendet werden, um unsere Mitgliederzahl um einen hörbaren Hauch vorwärts zu bringen. Wir müssen endlich über das erste halbe Hunderttausend hinauskommen. Es wird auch gelingen, wenn alle Mitglieder in der Agitation wenigstens einigermaßen ihre Pflicht tun. Dazu rufen wir alle auf! 50 000 Mitglieder, das soll das Ziel sein, für das in den kommenden Wochen und Monaten noch einmal alle Kräfte eingesetzt werden müssen.

Allgemeines.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe waren — wie wir in Nr. 6 berichteten — bis zum 29. Januar so weit gediehen, daß das Tarifmuster fertiggestellt war und die Frage der Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen den sieben Gantarifämtern zur Erledigung überwiesen werden mußte. Diese sieben Einigungsämter haben nun in tagelangen Verhandlungen vergebens versucht, Vereinbarungen zu erzielen und mußten daher allenthalben Schiedssprüche fällen. Wie zu erwarten war, gestehen dieselben Arbeitszeitverkürzungen nur in geringem Umfange zu; die den Gehilfen zugesprochenen Lohnerhöhungen verdienen dagegen insofern Beachtung, als sie zwar hinter den berechtigten Erwartungen der Gehilfen zurückbleiben, aber doch annehmbare Fortschritte bedeuten. Sie schwanken zwischen 3 und 9 Pf. pro Stunde und verteilen sich auf drei Tarifjahre. Die Malermeister erhoben bereits überall Widerspruch gegen diese „ihnen zugemuteten schimpflichen Friedensbedingungen“ und drohen mit Krieg, falls die am 22. Februar in Berlin stattfindenden letzten Einigungsverhandlungen die Bau-Schiedssprüche nicht einer „energischen Korrektur“ unterziehen.

Große Arbeitervertretertagungen der auf Christlich-nationalen Boden stehenden Arbeitervertreter in den geselligen sozialen Einrichtungen. In den nächsten Wochen finden zunächst in Westdeutschland sechs große Tagungen der Krankenkassenvereine und Vertreter, sowie der Vertreter an den Versicherungsämtern (unteren Verwaltungsbehörden) und Oberversicherungsämtern (Schiedsgerichten) sowie der Kartell- und Zahlstellenvorstände und Arbeitervereinsleitungen, statt. Die Tagungen werden vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veranstaltet. Die Tagesordnung auf allen Tagungen lautet:

1. Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der neuen Reichsversicherungsordnung; Vortragender: Reichstagsabgeordneter J. Becker - Berlin-Steglitz.
2. Die Praxis der Arbeitervertreter vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, unter Würdigung der wichtigsten materiellen Gesetzesänderungen; Vortragender: Herr Volksbureauvorsteher H. Dieckmann - Gladbach und Arbeitersekretär D. Alexander - Aachen.

B. Aussprache.

Die Tagungen finden nach folgendem Plane statt: Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Düsseldorf im Paulushaus; am 2. März (immer Sonntags) und von 1 1/2 Uhr nachm. ab, in Essen - Ruhr; am 9. März in Gelsenkirchen; am 6. April in Dortmund; am 13. April in Köln und am 20. April in Duisburg. Die Lokale werden in nächster Zeit bekannt gegeben. An die Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitersekretäre, Kartell- und Zahlstellen-Vorstände, sowie an die Leitungen der konfessionellen Arbeitervereine ergeht die Bitte, für zahlreichen Besuch von geeigneten Persönlichkeiten zu diesen Arbeitervertreter-Tagungen Sorge zu tragen. Die örtlichen Vorbereitungen haben die Sekretäre der Bezirkskartelle übernommen. Die Veranstaltungen beginnen, wie mitgeteilt, mittags 1 1/2 Uhr und enden abends so frühzeitig, daß auch den auswärtigen Arbeitervertretern Gelegenheit gegeben ist, daran teilzunehmen.

Belgien vor dem Generalstreik. Die belgischen Sozialdemokraten scheinen die schon seit Monaten erhobenen Generalstreikandrohungen nun wahr machen zu wollen. Der Ausstandsausschuß hat am 12. Februar einen Aufruf an die belgischen Arbeiter erlassen, in dem der Generalstreik für den 14. April angekündigt wird. Die Gründe zu dieser Demonstration sind in dem Ausgang der vorjährigen Kammerwahlen zu suchen. Diese endeten bekanntlich mit einem riesigen Kahenhammer für die sozialistischen Führer. Diese hatten vor den Wahlen ihren Anhängern das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Zum mindesten sollte die christlich-konservative Kammermehrheit gestürzt und dann das allgemeine, gleiche (Welsgen hat ein Mehrstimmen-Plural-) Wahlrecht erzwungen werden. Die sozialistischen Hauptlinge führten sich ihres Sieges bereits so sicher, daß sie im Verein mit der bürgerlichen Opposition schon vor der Wahl die Verteilung der Ministerposte vornahmen. In diese sieges-trunkene Stimmung fiel wie ein Keil in die Frühlingnacht das Wahlergebnis: die alte Kammermehrheit war nicht nur nicht vernichtet, sondern sie kehrte wesentlich verstärkt wieder. Darob schäumende Wut bei den ob eines solchen Ausgangs aus allen Himmeln gerissenen Führern. Die gleiche Stimmung übertrug sich auf die betörte Masse, die sich um die ihr gemachten Hoffnungen betrogen sah. Die weiteren Folgen der vorangegangenen maßlosen Volksverhetzung sind traurige Kapitel: wilde, kopflose Streiks, Straßenaufstände, bei denen es viel Verwundete und selbst Tote gab. In diese den sozialistischen Führern selbst sehr gefährliche Stimmung warf man als Ablenkungsförder den Gedanken des Generalstreiks, dem nun, wie oben mitgeteilt, die offene und endgültige Profilierung desselben gefolgt ist. Es soll also mit Gewalt erzwungen werden, was auf dem Wege der Wahlen nicht zu erreichen war, nämlich ein anderes Wahlrecht. Der Generalstreik soll friedlicher Natur sein, so versichern seine Urheber. Daß sie damit mehr versichern, als sie können und auch selbst wohl glauben, liegt auf der Hand. Ebenso weit her ist es mit der pompösen Versicherung, der Ausstand wird ein allgemeiner sein. Belgien zählt etwa 600 000 Arbeiter. Davon sind 125 000 sozialistisch organisiert; christliche Gewerkschaftler zählt das Land über 80 000. Die letzteren werden nicht mitstreiken, ebensowenig natürlich alle annähernd 400 000 Unorganisierten. Diese Zahlen zeigen gleichzeitig, mit welcher Fehlvision die sozialistischen Führer ihre Pläne verfolgen. Aber was kümmert sie's, wenn tausende Arbeiter ins Elend kommen und das Land an den Rand des Ruins gebracht wird! Wenn nur den egoistischen Plänen der eitlen, ehrgeizigen Führer Genüge getan ist, alles übrige ist Nebensache. Was das Verhalten der Regierung anbetrifft, so hat es nicht den Anschein, als sei sie gewillt, sich der roten Expressepolitik zu unterwerfen. Das kann sie unseres Erachtens auch kaum, wenn nicht andererseits die Staatsautorität heillose Einbuße erleiden soll.

Die Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung in Groß-Berlin, SO 16, Am Kölnischen Park 8 (im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt) erfreut sich einer regen Inanspruchnahme durch die Eltern und Vormünder der Eltern aus der Schule zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen. Die Zentralstelle vermittelt für alle Teile kostenlos und vollkommen unparteiisch Lehrstellen in allen Zweigen des Handels, des Handwerks und der Industrie in Groß-Berlin und in der Provinz. Durch Zusammenarbeiten mit der Landwirtschaftskammer ist es der Zentralstelle auch möglich, Lehrstellen in landwirtschaftlichen Betrieben zu vermitteln.

In der weiblichen Abteilung wird besondere Sorgfalt auf die Unterbringung der Mädchen in Handwerkslehrstellen verwandt. Dank den Bemühungen der Zentralstelle und des Verbandes für handwerkswürdige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau in Berlin ist es gelungen, seit Oktober schon eine größere Anzahl von weiblichen Lehrlingen in ordnungsgemäßer dreijähriger Lehre mit dem Ziel der Gesellenprüfung unterzubringen. Leider zeigen die Inhaber der größeren Firmen bisher wenig Geneigtheit, die Mädchen zu den gleichen Bedingungen auszubilden wie Knaben, obgleich sie seit Jahren über den Mangel an tüchtigen, weiblichen Arbeitskräften klagen, der ihnen die Konkurrenz mit dem Auslande — insbesondere in der Fuß-, Konfektions- und Wäscheindustrie — außerordentlich erschwert. Hoffentlich gelingt es der Zentralstelle, durch praktische Erfolge bald zu beweisen, welche weittragende, private- und volkswirtschaftliche Bedeutung die Schaffung eines tüchtigen Nachwuchses und die Erziehung unserer männlichen und weiblichen Jugend zu Qualitätsarbeitern auf allen Gebieten hat. Die Neuregelung des Lehrlingswesens im Handwerk, die jetzt erfolgt, sollte daher von den Arbeitgebern freudig begrüßt und ihre Durchführung auf das energischste unterstützt werden.

Um eine sorgfältige Bearbeitung aller Aufträge zu ermöglichen und eine Ueberfülle über Angebot und Nachfrage auf dem Lehrlingsmarkt zu schaffen, ist es notwendig, der Zentralstelle schon jetzt alle zum 1. April zu bestehenden offenen Stellen zu melden. (Sprechstunde an den Wochentagen von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr. Sonntags von 10 bis 1 Uhr.)

Eine Volksausgabe der Reichsversicherungsordnung.

Die deutsche Versicherungsgegebung ist im Jahre 1911 durch die Reichsversicherungsordnung ein gut Stück weitergebracht worden, nimmt sie doch vom 1. Januar 1914 ab etwa ein Drittel der vaterländischen Bevölkerung unter ihren Schutz. Die Ueberleitung vom alten zum neuen Rechte, ein schweres Stück Arbeit, erfolgt allmählich: am 1. Januar 1912 hat die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bereits ihre segensreiche Wirksamkeit eröffnet, die Unfallversicherung mit ihrer Erweiterung des Versicherungskreises und dem neuen, zum Teil recht komplizierten Verfahren, dessen Einzelheiten jeder Unfallverletzte kennen muß, ist mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten, und am 1. Januar 1914 werden nicht nur rund 7 Millionen Personen neu der Krankenversicherung unterstellt, sondern auch die Kassenneueorganisation mit ihrer Umgestaltung der Rechte und Pflichten der Beteiligten muß bis dahin ihren Abschluß gefunden haben. Arbeitgeber und Versicherte werden nicht daran vorbeikommen, sich über die Einzelheiten der Reichsversicherungsordnung zu orientieren, kann doch das Nichtkennen den Verlust wichtiger Rechte, ja sogar empfindliche Strafen nach sich ziehen. Da für die Hand der zunächst interessierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfangreiche und teure Kommentare wenig geeignet sind (bei kritischen Fragen muß doch an sachverständiger Stelle Information eingezogen werden), wird man es dankbar begrüßen müssen, daß der Volksvereins-Verlag G. m. b. H. in M.-Gladbach eine Volksausgabe der Reichsversicherungsordnung auf den Buchmarkt gebracht hat. Das Buch enthält nicht nur, wie die meisten bisher erschienenen Textausgaben, die Reichsversicherungsordnung mit Einführungsgegesetz, sondern auch die zum Verständnis unbedingt erforderlichen Ausführungsbestimmungen, u. a. das preussische, bayerische und badische Ausführungsgegesetz, die kaiserlichen Verordnungen über das Verfahren vor den Versicherungsbehörden, die Bekanntmachung über die Invalidenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die Bekanntmachung über die Entlassung usw. von Kassenangestellten, die kaiserliche Verordnung über das Inkrafttreten der Unfall- und Krankenversicherung. Außerdem bringt das Buch eine über das ganze Gesetzeswerk kurz orientierende Einleitung, die als Vorlage bei Unterrichtskürsen u. dgl. gute Dienste leisten dürfte. Das Buch ist gefällig und stark gebunden, umfaßt 536 Seiten und kostet 2 M.; es ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und direkt vom Volksvereinsverlag, M.-Gladbach, in diesem Falle postfrei für 2,20 M.

Reichsversicherungsordnung. Mit Einführungsgegesetz und Ausführungsbestimmungen für Preußen, Bayern und Baden. Fortschritt mit übersichtlicher Einleitung und praktischem Sachregister. II. 8°. (S. 36). M.-Gladbach 1913, Volksvereins-Verlag G. m. b. H. 2., postfrei M. 2,20.

Der Jahresverdienst eines Maurers nach der Annahme eines Gehalts.

Das Amtsgericht Lehe wies den Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss eines Arztes gegen einen Maurer, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, mit folgender Begründung zurück:

Die Summe (des pfändbaren Einkommens) wird danach berechnet, was im Jahre verdient wird. Unverkündet ist, wann der Lohn gezahlt wird... verdient der Schuldner seit 4 bis 4 1/2 Monaten etwa 620 Mark täglich. Da für einen Maurer vom September-Dezember bis zum April die Arbeitsgelegenheit ungünstiger ist als in den Sommermonaten, muß bei dem Schuldner für die Hälfte des Jahres mit einem bedeutend geringeren Einkommen gerechnet werden. Berücksichtigt man ferner, daß an Sonn- und Feiertagen, im Winter und an Regentagen die Arbeit ruht, so wird man den Jahresverdienst des Schuldners auf 1300 Mark bis 1400 Mark höchstens annehmen müssen. Es kann deshalb kein Betrag von seinem Lohn gepfändet werden. Hiergegen richtet der Gläubiger eine Beschwerde ans Landgericht Leber. Aber auch dieses wies die Beschwerde kostenpflichtig als unbegründet zurück. Es führte unter anderem aus: Unter Zugrundelegung eines Stundenlohnes von 62 Pf. übersteigt der Jahresverdienst des Schuldners nicht den Betrag von 1300 M. bis 1400 M., so ist für eine Abänderung des Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses in dem Sinne, daß der 1600 M. übersteigende Jahresverdienst der Pfändung unterworfen sei, kein Raum...“

Christliche „Arbeiterfreunde“.

Durch die sozialdemokratische Presse ging unter obiger oder ähnlicher Spitzmarke eine Notiz, welche sich mit Vorgängen in dem Petitionsausschuß des Reichstages befaßt. Unter anderem ist bemerkt:

„Charakteristisch war es auch, daß in derselben Sitzung der christliche Arbeiter Schwarz (Schweinfurt) den Antrag stellte, eine Petition der Christ-Donnerschen Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter für ungeeignet zur Erörterung im Plenum des Reichstages zu erklären, weil keine Begründung dafür beigegeben sei. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß dieses Petition für sich spräche, könnten aber die patentierten Arbeiterfreunde des Zentrums nicht von der Notwendigkeit einer freundlichen Stellungnahme überzeugen.“

Dem Reichstage sind einige Tausend Petitionen zugegangen, darunter solche von Verbänden, die, um... außen hin zu prunkten, zwar Anträge stellen, aber sich nicht die geringste Mühe geben, dieselben zu begründen. Die Christ-Donnerschen Gewerkschaften haben einige Petitionen eingereicht. Jede derselben enthält nur ein bis

zwei Fälle. Der Forderung nach dem Koalitionsrecht der Landarbeiter war nicht die geringste Begründung beigegeben. Schwarz-Schweinjurt beantragte daher, lediglich aus Gründen der Geschäftsordnung, solche Petitionen zur Erörterung für ungeeignet zu erklären und die Mehrheit der Kommission schloß sich dem Antrag an. Die sozialistischen Angriffe sind um so unehrlicher, als der Abgeordnete Schwarz seinen prinzipiellen Standpunkt dem sozialistischen Referenten gegenüber ganz genau präzisiert hat. In Bayern besteht ja bereits schon das Vereinigungsrecht für landwirtschaftliche Arbeiter. Ebenso hatte Schwarz im Ausschusse erklärt, daß er mit der Petition der Arbeitgeberverbände, die als Material hinübergegeben wurde, nicht in Übereinstimmung sehe. Wenn ferner die sozialdemokratische Presse darüber jammert, daß die christlichen „Arbeiterzeitschriften“ so unfreundlich gegen die Kirch-Dunderliche Petition gewesen seien, warum teilt sie dann nicht auch mit, daß in derselben Sitzung der sozialistische Referent beantragt hatte, über eine Forderung der Kirch-Dunder nach Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einfach zur Tagesordnung überzugehen? Was das nicht auch eine Unfreundlichkeit, und ist mit solchem Vorgehen nicht der Presseangriff der Gewerkschaft als heuchlerische Geste genügend gekennzeichnet? Oder war es nur eine kleine Sache dafür, weil die „Marke Partei“ in einer vorangegangenen Sitzung in der Frage der Errichtung eines Reichsamtungsamtes durch einen Antrag Schwarz eine empfindliche Niederlage erlitt und sich zu einem „Abfall“ bewegen lassen mußte?

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesichert sind: **Mülheim-Nahe** (Sperrung über die Firma Lutz und Hoffmann wegen Nichtannahme des Tarifs) **Geislar** (Niederlage) (Sperrung über die Firma Schmechel & Co.) **Witburg**, **Wiel** (Sperrung über die Firmen Grotte jr. und sen. wegen Maßregelung) **Wittenbüren** (Sperrung über den Baumunternehmer Buchmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages) **Waisburg-Oberhausen** (Wiel der Vorkasse bei den Firmen Dertgen und Schulte und bei der deutschen Arbeitergesellschaft) **Düsseldorf** (Ueber die Firma Gärtner ist für Sommer die Sperrung verhängt). Zugang 11 fernzuschalten.

Bezirk Hannover.

Suderstadt. Die Konjunktur ist hier im allgemeinen eine recht schlechte. Nachdem die durch den großen Brand im Jahre 1910 verursachten Arbeiten fertiggestellt sind, ist die Arbeit wie abgebrochen. Im Frühjahr 1910 haben wir hier einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Nach vielen Mühen ist es uns gelungen, den Lohn von 38 auf 40 Pf. am 1. April 1910 zu bringen und am 1. April 1913 auf 42 Pf. Die Unternehmer führen gegen als Hindernisgrund für eine Lohnerhöhung ins Feld, daß viel Material, die jetzt in der Fremde arbeiten, bei allen passenden Gelegenheiten Arbeiten in eigener Regie oder im Tagelohn für den Bauherrn ausführen, und zwar zu sehr niedrigen Preisen, so daß die Unternehmer nicht konkurrieren könnten. Solche Fälle kommen besonders in den Orten vor, die zum Bauamtlicher Tarifvertrag gehören. In letzter Zeit sind in Esplingenrode, Dessingerode, und Ringenrode einige Brände vorgekommen. Das sollen auch die dadurch entstandenen Arbeiten durch einige Kollegen zu ganz miserablen Preisen ausgeführt werden. Die uns mitgeteilt wird, sollen Kollegen zu 35 Pf. pro Stunde arbeiten. Dieses ist die größte Preisdrückerei nicht nur den Unternehmern gegenüber, sondern ganz besonders gegen unsere tariflichen Lohn. Dieser soll am 1. April 42 Pf. betragen, und die Kollegen arbeiten für den Bauherrn für 35 Pf. Die Unternehmer drohen uns jetzt schon an, daß sie, anstatt den Lohn zu erhöhen, wie der Tarif vorsieht, Reduzierungen vornehmen wollen. Sollten die Unternehmer dieses versuchen, werden wir uns wehren. Aber jene Preis- und Lohndrückerei tragen die Verantwortung. Sollten die Kollegen diese Lohndrückerei nicht unterlassen, werden wir durch die Organisation mit aller Schärfe gegen sie vorgehen. Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, um die Kollegen an ihre Pflichten der Gewerkschaft gegenüber zu erinnern.

Bezirk Münster.

Wittenbüren. Seit dem 16. August 1912 ist der Unternehmer Buchmann gesperrt, weil er sich weigerte, den tariflichen Zuschlag für auswärtige Arbeiter zu zahlen. Derselbe hat sich bis jetzt alle erdenkliche Mühe gegeben, um wieder seine zu bekommen, doch bis jetzt vergeblich. Jetzt macht derselbe Jagd auf Delegierte und alles, was er erreichen kann, damit ihm aus seiner Zeit gestrichen werden soll. Da er nun einen neuen Gehaltsplan übernommen hatte und ein auf dem Grundriss feststehendes altes Haus bauen abbrechen wollte, so verfuhr der Vorstand mit ihm eine Einigung, indem er die Ausführung der nicht gezeigten Zuschläge zugestehen wollte; doch hernach, wie es einmal ist, lehnte er dieses auch jetzt noch ab. Es jetzt haben die Kollegen Kenntnis und es abgesehen, beim Unternehmer Buchmann zu arbeiten. Auch für die Zukunft bleibt derselbe solange gesperrt, bis er sich bekennt, den Tarif zu zahlen. Niemand darf bei Beschäftigung in Arbeit treten, und wer...
...vom...
...zu gehen, sollte aus anderen Gewerkschaften zum Münster...
...wenn er die Reichspräsident nicht ge...
...noch hat. Doch darüber werden wir an anderer Stelle die notwendigen Schritte unternehmen, ebenfalls darüber, daß er versagt, herangezogen. Dergleichen, die nach

vollbrachter Schicht noch bei ihm mußten (dem arbeiten kann man das nicht nennen, d. B.), beim Unfall und in der Krankenkasse anzumelden. Unsere Parole lautet daher, sämtliche Baupläze von B. sind von Arbeitskräften reinzuhalten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Von den gebundenen Jahrgängen der „Baugewerkschaft“ 1907, 1908, 1909, 1911 und 1912 sind noch mehrere Exemplare vorrätig und werden zu folgenden Preisen abgegeben: 1907, 1908, 1909, 1911 à 3 M., 1912 à 5 M., inklusive Porto und Verpackung.

Ebenfalls sind noch einige gebundene Exemplare des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ aus den Jahren 1908 und 1909 zum Preise von 3 M. abzugeben.

Der Zentralvorstand.

Verbandsnachrichten.

Sir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 2. März, der erste Wochenbeitrag fällig ist.

Siegen. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 2. Februar ihre Generalversammlung im Hotel Albershof ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassen- und Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Bezirksleiters Gottschalk, 4. Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Richter. Die Gesamteinnahme der Verwaltungsstelle betrug im Berichtsjahre 959,05 M. für Kranken- und Maßregelungsunterstützung wurden 23,81 M. ausgegeben. Die Einnahmen der Vorkasse betragen 102,75 M., die Ausgaben 82,73 M. In die Vorkasse wurden 81,20 M. abgeführt. Es verbleibt ein Bestand von 47,44 M. Aufgenommen wurden 63 Kollegen, dazu 13 Übertritte. Am Schlusse des Jahres 1911 hatten wir ein Mitglied, am Jahreschlusse 1912 waren es 64. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt und dann zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden Johann Richter als Vorsitzender, Jakob Schulze als Kassierer, Edwin Fietz als Schriftführer, Jarische, Rante und Just als Revisoren und Leckwart als Kartellbelegierter. Kollege Gottschalk gab uns dann einen längeren Ausblick auf das verfloßene Jahr. Zum Schlusse erwähnte er die Kollegen im neuen Jahre mit demselben Mut und der Entschlossenheit zu kämpfen, mit denen sie im verfloßenen Jahre gekämpft haben. Ein begeistertes Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Dorn. Am 2. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre regelmäßige Sitzung ab. Der Vorsitzende dankte den Delegierten für das zahlreiche Erscheinen und stellte dann fest, daß auch heute wieder einige Zahlstellen nicht vertreten seien. Es folgten die Zahlstellen Wittip, Unkel, Hötting, Rheinbach, Hegel, Bergheim und Appendorf. Die Vorstände mögen sich dieses merken und für die Vertretung bei der nächsten Sitzung sorgen. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassen- und Jahresbericht, 2. Die Tarifverneuerung, 3. Hausagitation, 4. Verschiedenes. Den Kassen- und Jahresbericht erstattete der Kassierer, Kollege Beyer. Danach hatten wir eine Einnahme von 9686,27 M. Demgegenüber fand eine Ausgabe von 2203,75 M. 542 Mitglieder wurden aufgenommen. Zahlstelleneingaben wurden vorgenommen in Mondorf, Bergheim, Ruffendorf, Sülich-Waldorf, Rheinbach, Homel, Duisdorf, Langlar, Unkel und Willipp. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres in der Verwaltungsstelle Dorn 641. Versammlungen wurden im Berichtsjahr 71 abgehalten. Der Jahresbericht zeigt, daß die Kollegen im Jahre 1912 für die gute Entwicklung unserer Organisation Sorge getragen haben. Kollegen, so muß es auch sein! Die Mitglieder sind davon überzeugt, daß im Sommer Gebiet die christlichen Gewerkschaften an erster Stelle stehen müssen. Das daher auch in diesem Jahre jeder seine Pflicht, dann bleibt der Erfolg sicher nicht aus. Zudem wir es nicht mehr länger, mit Indifferenten zu arbeiten, fährt sie unserer Organisation zu. Dann ging Kollege Seelbach kurz auf die Tarifverneuerung ein. Er wies auf den 24. Februar hin, an welchem Tage die Verhandlungen wieder beginnen. Es wurde dann beschlossen, in allen Zahlstellen eine Hausagitation vorzunehmen. Aber das Ergebnis soll der Verwaltungsstellen-Vorstand in der nächsten Sitzung des Bericht entgegennehmen. Es lagen noch zwei Anträge vor, welche dem Vorstand zur Beratung überwiesen wurden. Die Tagesordnung war somit erledigt. Kollege Seelbach machte dann noch bekannt, daß die Sprechstunden von jetzt ab Montags, Mittwochs und Freitags sind, und zwar von 11 bis 1 Uhr und von 6 bis 9 Uhr abends. Die Kollegen werden ersucht, sich bei Arbeitslosigkeit nach dem Sekretariat, Sandgasse 29, zu bemühen, da ihnen eventuell Arbeit nachgewiesen wird. Auch werden die Mitglieder gebeten, offene Arbeitsstellen auf dem schnellsten Wege dem Lokalbeamten, Kollegen Seelbach, zu melden.

Caran (Dopr.). Am Sonntag, den 2. Februar, hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Derselbe war gut besucht. Als besonders lobenswert sei hervorgehoben, daß sich ein großer Teil der Kollegen eingefunden hatte. Der Vorsitzende, Kollege... machte die Versammlung und ließ die anwesenden Kollegen... Dann er... hielt Kollege Lieblich-Königsberg das Wort... sprach über das Thema: „Warum organisieren wir uns...?“ Der Redner entrollte uns das Programm der

christlichen Organisation. Des Weiteren sprach er über die Tarifverhandlungen im Baugewerbe, welche am 21. Januar in Berlin stattfanden, freilich die allgemeine Feuerung und unsere örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch hier müsse man daran denken, diese tarifliche zu regeln, zumal hier noch eine überaus lange Arbeitszeit vorhanden ist und der jetzt bestehende Tagelohn der heutigen Zeit auch nicht entspreche. Die Arbeitszeit beginnt hier 5 Uhr morgens und endet 7 Uhr abends mithin 14 Stunden. Bedenkt man die Zeit, welche die Kollegen zu Fuß oder per Post gebrauchen, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, hinzu, so bekommen wir eine 17 stündige Arbeitszeit. Der Lohn beträgt hier 3,80 bis 5 M., mithin ein Durchschnittslohn von 4,30 M., gleich pro Stunde 30 Pf. Dazu in einem Ort, welcher 15 Kilom. von einer Kreisstadt liegt, wo der Stundenlohn auf 52 Pf. steht. Der Vorsitzende wies in der Diskussion u. a. darauf hin, daß ihm der Vortrag aufs neue bewiesen habe, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß sei. Der Umstand, daß die jährliche Bevölkerungszunahme 900 000 Köpfe in Deutschland betrage, sei Grund genug, sich zu organisieren, um im allgemeinen, vor allem aber in Krisenzeiten, regulierend einzugreifen. Und dieses kann in erster Linie die christliche Organisation. Die Mitglieder müssen sich mehr über die gewaltige Ausdehnung des deutschen Wirtschaftslebens und die wirtschaftlichen Zusammenhänge orientieren. Wer auf diesem Gebiete sich Kenntnisse verschafft, dem sei es leicht möglich, jeden Genossen von der Unmöglichkeit sozialdemokratischer Utopien zu überzeugen. Daraus seien sich 16 Kollegen in den christlichen Bauarbeiterverband aufnehmen. Einstimmig beschlossen die Kollegen, den Arbeitgebern einen Lohnstarif einzureichen, worin die Lohn- und Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit entsprechend geregelt werden sollen. Kollege Lieblich führte uns im Schlußwort klar vor Augen, welche Kämpfe unsere Organisation zu bestehen hatte und noch zu bestehen hat. Wir sollen aber auch einen Schutzwall gegen jene sein, die das Heiligste im Menschen, seine religiöse Überzeugung, nicht achten, sondern fortwährend verletzen und die keine politische Überzeugung außer der irdigen gelten lassen. Die hohe Aufgabe, die uns gestellt ist, sie weckt Begeisterung und Mut für die christliche Standesarbeit. Gilt es doch, gleich am Anfange des neuen Jahres den festen Willen zu fassen, sie zu erweitern und zu vertiefen, ihr aber auch immer neue Anhänger zuzuführen. Schlägt ein, Kollegen, in die dargebotene Hand! Schlägt freudig ein mit dem Gelöbniß: Das Jahr 1913 soll uns in den vordersten Reihen der Kämpfer um die Stärkung unserer Verwaltungsstelle sehen, uns zum Nutz, dem Feinde zum Trug. Die Kollegen gaben durch Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen und versprachen, mit aller Kraft die Agitation auszuführen, um so den letzten Unorganisierten der christlichen Gewerkschaft zuzuführen. Um 6 Uhr wurde die dreistündige Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die christliche Gewerkschaft geschlossen.

Düsseldorf. (Jahresbericht.) Die Konjunktur im Baugewerbe war zu Beginn des Frühjahr nicht sehr günstig. Die zureisenden Kollegen konnten daher auch nicht alle untergebracht werden. Im Sommer jedoch trat teilweise Mangel an Arbeitskräften ein. Bis zum 1. Oktober 1912 wurden 670 Wohngebäude mit 22 533 Wohnräumen fertiggestellt. Die Entwicklung der Bautätigkeit ist in den letzten Jahren eine rapide gewesen. Wurden doch 35 000 Räume in den letzten drei Jahren geschaffen, gegen 16 000 in der vorausgegangenen gleichen Zeitdauer. Die Wohnungszählung am 1. Oktober ergab auf das Wohnungsangebot 3,85 Prozent leerstehende Wohnungen. In Einfamilienhäusern und großen Stagenwohnungen ist bereits Ueberproduktion eingetreten, während in 2- und 3-Zimmer-Wohnungen noch Mangel besteht. Allgemein machte sich Geldknappheit bemerkbar. Hypotheken waren im Sommer nur unter schweren Bedingungen zu haben. Die Frühjahrssagitation wurde von der Verwaltung gut ausgenutzt. Kollege Pollmanns aus der Stuklaturzahlstelle wurde auf einige Wochen freigestellt, damit unter den Pupern, die zahlreich hier vertreten und teilweise noch unorganisiert sind, etwas Positives geschehen konnte. Die Bautätigkeit kommt jetzt meistens in den Vororten zur Auswirkung, daher ist es das Bestreben der Verwaltung gewesen, die Zahlstellen der Umgebung von Düsseldorf stark und lebendig zu halten. Durch den Neubau eines Mittergutes in Meydinghoven wurde eine vorübergehende Zahlstelle für Substrath von 30 Mitgliedern gebildet, welche auch das ganze Jahr in Tätigkeit blieb. — In Neuß und Umgebung scheint infolge der Tarifverneuerung wieder etwas mehr Leben einzuziehen. Eine neue Zahlstelle wurde in Kleinenbroich ins Leben gerufen. Nur fehlt es im Neuffer Gebiet an den notwendigen Mitarbeiter. Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden im Frühjahr bei den Zimmerern statt. Der alte im Jahre 1909 abgeschlossene Vertrag erreichte am 31. März 1912 sein Ende. Die Zimmerergewerkschaft, welche durch die früheren Streiks geleidet haben, erbaten sich zu dem Abschluß eines neuen Vertrages. Der Vertrag, welcher nach einigen Verhandlungen zustandekam, dauert bis zum Jahre 1915. Der Stundenlohn wurde von 68 Pf. bis zum Jahre 1914 auf 76 Pf. im Stadtkreis erhöht. Im Landkreis wurde der Stundenlohn von 63 auf 74 Pf. gesteigert. Die Arbeitszeit wurde von 9 1/2 auf 9 Stunden ab 1. März 1913 kürzt. — In Venrath mußte die Arbeit vom 5.—13. Juni auf allen Bauplätzen eingestellt werden, weil die Unternehmer sich weigerten, den Tariflohn zu zahlen. Das einmütige Handeln aller Kollegen hat uns den Erfolg gesichert. Der Arbeitgeberbund legte sich ins Mittel und die Unternehmer erklärten sich nun bereit, tariften zu bleiben. — Am Rittergut in Meydinghoven, welches von der Großfirma Böhler aus Gelsenkirchen neu aufgebaut wird, erhielten die Kollegen ebenfalls weniger Stundenlohn, als der Tarif vorsah. Die Firma glaubte dieses damit zu begründen, indem sie den Arbeitern die alten Gebäude als Wohnung überließ, dafür aber 3 Pf. vom tariflichen Stundenlohn abzog. Nicht mit Unrecht erhoben

dagegen die Kollegen Beschwerde. Durch energisches Vorgehen wurde dann dem Tarif entsprechend entlohnt. — Bei der Chamottefabrik in Reisholz kam es infolge schlechter Behandlung und wegen Ueberstunden im November zu einer mehrstündigen Arbeitsniederlegung. Die Firma Schlichter von Dortmund, bekannt als Weltfirma, beschäftigt meistens Unorganisierte, so daß es schwer ist, geregelte Verhältnisse einzuführen. Nachdem die Arbeit von allen, etwa 230 Arbeitern, eingestellt war, ließ sich die Firma herbei, die Angelegenheit zu regeln.

Schlichtungskommissionen zur Beseitigung von Differenzen fanden für Maurer 4 statt. Es fanden 14 Streitfälle zur Entscheidung, die alle in erster Instanz zur Erledigung kamen. Im Stukkateurgewerbe waren ebenfalls 4 Kommissionsitzungen mit sechs Streitfällen zu erledigen. Die Differenzen wurden auch hier durch die Kommission ausgeräumt. Fürs Zimmerergewerbe wurden 9 Streitpunkte in 11 Sitzungen durch die Kommission erledigt. Manche Differenzen könnten vermieden werden, wenn die Kollegen sich mehr an die tariflichen Bestimmungen halten würden. Allerdings trifft dieses noch viel mehr für die Arbeitgeber zu. Eines sei noch hier bemerkt. Man macht allgemein die Beobachtung, daß mit Vorliebe von Unternehmerseite die Ueberstunden eingeführt und ausgedehnt werden, ohne den tariflichen Zuschlag zu zahlen. Auch Kollegen gibt es, die sich freiwillig für Ueberstunden anbieten. Häufig muß man bei Schlichtungskommissionssitzungen von Unternehmern hören, daß ihre Leute Ueberstunden machen wollen. Dieser Erscheinung muß scharf entgegengetreten werden, da dieses Uebel chronisch zu werden scheint.

Agitation und Mitgliederbewegung. Es war leider im Frühjahr nicht möglich, die zugereisten Kollegen an Orte zu behalten. Zwar wurden sehr viele durch die Arbeitsvermittlung vom Bureau aus untergebracht, jedoch der Zugang war gegenüber der flauen Arbeitsfähigkeit zu groß, so daß ein großer Prozentsatz wieder abreißen mußte. Es wurden aufgenommen im 1. Quartal 109, im 2. 44, im 3. 102 und im 4. 164. Im Berichtsjahr wurden somit insgesamt 419 (447) Neuzugänge gemacht. Der Mitgliederbestand betrug im 3. Quartal 1912 794 gegen 812 im Jahre zuvor. Uebergetreten aus anderen Verbänden sind 28. Ausgetreten 16. Eine größere Anzahl mußte wegen rüchständiger Beiträge oder wegen Nichtaufzahlung gestrichen werden. Gestorben ist an Unfall ein Kollege. Krankengeld wurde im Geschäftsjahr an 34 Mitglieder im Betrage von 594,80 M. ausbezahlt. Bei diesem Kapitel wäre noch vieles zu sagen, jedoch läßt es der beschränkte Raum nicht zu. Einiges wollen und müssen wir sagen. **Baudelegierte, Hauskassierer und Vertrauensmänner,** das sind die Träger der Organisation. Dieses System muß mehr ausgebaut werden. So manche Mitglieder hätten gewonnen oder der Organisation erhalten bleiben können, wenn die Vertrauensmänner überall ihre Pflicht getan hätten. Besonders in den nichtgelernten Berufen ist die Fluktuation noch furchtbar groß, da müssen die Hauskassierer alles daransetzen, ihre Beobachtungen auch bis auf den letzten Mann in ihrem Bezirk auszubringen. Dasselbe gilt für die Baudelegierten betreffs eifriger Bücherkontrolle auf der Arbeitsstelle.

Das **Verfammlungs**wesen läßt auch noch viel zu wünschen übrig. Wie im vorigen Jahre, so hielten auch diesmal die Maurer, Hilfsarbeiter und Zementeure, weil sie unter einem Vertrag stehen, die Versammlungen gemeinschaftlich ab. Die übrigen Berufe (außer den Zimmerern und Dachdeckern, welche ebenfalls zusammen tagen), halten die Versammlungen gesondert ab. Im Durchschnitt werden die Versammlungen vierzehntägig abgehalten. Es fanden statt: öffentliche Versammlungen 3, Mitglieder-versammlungen 12, Vorstandssitzungen 22, Vertrauensmänner- und Ausschusssitzungen 19. Der Besuch der Versammlungen war oft kläglich. Hier hätten die Baudelegierten die beste Gelegenheit, helfend einzugreifen. Ist ihnen doch die Möglichkeit gegeben, die Versammlungsbefucher zu mustern und die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern. Allerdings, wenn der Delegierte selbst nicht erscheint, ist keine Ordnung einzuführen.

In den Versammlungen wurden neben den geschäftlichen Angelegenheiten zumeist Tagesfragen behandelt oder lehrreiche Vorträge gehalten. Die Versammlungen werden im Vereinskalender des Düsselborfer Tageblattes und auf der Baugewerkschaft durch Stempel oder Handzettel bekanntgegeben.

An der **geistigen Schulung** der Mitglieder wurde auch in diesem Jahre eifrig gearbeitet. Neben den Broschüren und Büchern der Verwaltungsstelle steht den Mitgliedern auch die Kartellbibliothek zur Verfügung. Ferner hatten auch in diesem Jahre die Kollegen Gelegenheit, die studentischen Unterrichtskurse zu besuchen. Besonders wurde das Gebiet der staatsbürgerlichen Schulung ins Auge gefaßt. Diese Vorträge werden erzieherweise auch von den Bauarbeitern gut besucht. Die Arbeitervorstellungen im Stadttheater dürften von unseren Kollegen besser gewürdigt werden. Manche andere Berufe können nicht genug Karten bekommen, während hier oft das Defizit der zurückbleibenden Karten durch die Lokalkasse decken müssen. Mit Freuden wollen wir konstatieren, daß eine größere Anzahl der Mitglieder den Fachbildungsunterricht im Gesellenhaus mit Erfolg besuchen.

Die **Arbeitsvermittlung** zu fördern, war jetzt das Bestreben der Verwaltung. So manche lauen Mitglieder sind dadurch an die Organisation gefesselt worden. Wie schön ist es, wenn zugereisten oder arbeitslosen Kollegen sofort Arbeit vermittelt werden kann. Diese nicht zu unterschätzende Einrichtung wird von den Mitgliedern auch immer mehr erkannt und benutzt. Es wurde für 205 Kollegen Arbeit vermittelt. Offene Stellen wurden 876 gemeldet. Dieselben verteilen sich auf 463 Maurer, 205 Hilfsarbeiter, 73 Zimmerer, 85 Stukkateure und Putzer, 41 Zementeure, 7 Dachdecker und 2 Hiesenerger. In dieser Arbeitsvermittlung kann jeder mitwirken, indem offene Stellen sofort dem Bureau mit-

geteilt werden, und die Arbeitslosen sich alsbald melden. Betonen möchten wir aber, daß die Bureaustunden einzuhalten sind. Morgens von 9 bis 10 Uhr, nachmittags von 6 bis 8 1/2 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

Bauarbeiterschuss. Die Unfälle waren besonders in diesem Jahre zahlreich. Im Januar stürzte die Vorderfront vom Hause des Unternehmers Göbel in der Jorchstraße ein. Ein Maurer wurde getötet und sechs weitere teils schwer verletzt. Der Kollege Joh. Wilh. Krauß wurde am 20. August am Fabrikneubau in der Zimmerstraße von einem schweren Träger erschlagen. Am Brückenneubau Straße Düsseldorf-Neuß stürzte der Maurer Alm. Saal beim Uebergang durch eine Doffnung und erlitt einen schweren Beinbruch. Auf derselben Baustelle stürzte auch der Bruder des Putzers ab und zog sich Kopfverletzungen zu. In der Brunnenstraße fiel der Kollege Ellen, Hilfsarbeiter, vom Gerüst und mußte einige Tage im Krankenhaus zubringen. Am Bahnhof Derendorf wurde der Polier Kommel am 26. August von abstürzendem Mauerwerk erschlagen. Am Tage vor Weihnachten stürzte der Putzer Kollege Heint. Domjanz in der Schule Ellerstraße vom Gerüst ab und zog sich einen Beckenbruch zu. Zwar läßt die Baupolizei eine scharfe Kontrolle aus, jedoch kann sie auch nicht überall zu gleicher Zeit sein. Weil aber unser Beruf so viele Gefahren in sich birgt, müssen wir doppelte Vorsicht walten lassen. Bei Verstößen gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst tue man diese umgehend auf dem Bureau melden.

In **Rechtschutzangelegenheiten** wurde das Bureau in 95 Fällen in Anspruch genommen. Meistens handelte es sich um Tarifsangelegenheiten, Steuerreklamation, Unfall und Krankentafelsachen. Auch kamen einige Polizei- und Strafsachen, sowie Vertretungen am Gewerbegericht zur Erledigung. An Geldgewinn wurden 131,20 M. erzielt. Hier möchten wir aber den Wunsch aussprechen, daß Sachen, die sich nicht aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, am besten dem Volksbureau zur Erledigung übergeben werden. Die Zeit, welche man hierauf verwenden muß, wird besser in der Organisation verwendet, während das Volksbureau zur Erledigung dieser Angelegenheiten geschaffen ist. Der schriftliche Verkehr zwischen Mitgliedern und dem Bureau war ein sehr reger. Nachdem jetzt die Verwaltung eine Schreibmaschine angeschafft hat, ist dadurch dem Bureau eine Erleichterung zuteil geworden.

An **sozialen Wahlen** fand am 5. Dezember die Gesellenauswahl der Freien Bauinnung für das Maurer- und Zimmerergewerbe statt. Die Beteiligung der Kollegen bei dieser Wahl war eine recht minimale. Auf unsere Liste entfielen 85 Stimmen, während die Genossen auf die übrige 186 vereinigten. Wenn auch der Gesellenauschuss in unserer heutigen Zeit wenig Bedeutung hat, so darf das Interesse doch nicht erlahmen, wenn es gilt, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Das **Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden** war auch in diesem Jahre nicht von sehr großer Freundlichkeit, wenn auch die Agitation nicht in so gehässiger Form betrieben wird wie dies früher der Fall war, so gibt es doch noch zahlreiche Fälle, wo man unseren Kollegen auf den Arbeitsplätzen scharf zugeht hat. Ueber solche Vorkommnisse soll dem Bureau umgehend Mitteilung gemacht werden, damit den „Freiheitskämpfern“ das Handwerk gelegt werden kann.

Die **Gesamtahreineinnahmen** betragen 22 374,71 M., die gesamten Ausgaben beliefen sich auf 19 876,11 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 2498,60 M.

Die **Generalversammlung** der Verwaltungsstelle, welche am 21. Januar stattfand, nahm den Bericht, welcher gedruckt vorlag, mit Befriedigung entgegen. Zur Tagesordnung standen noch folgende Punkte: Abrechnung vom 4. Quartal, Neuordnung der Telefonanlage fürs Bureau, die zukünftige Verordnungsart der Gewerkschaftsbeamten und Vorstandswahl. Der Kassierer legte die Quartalsabrechnung vor, welche eine Einnahme und Ausgabe der Zentrale von 7579,30 M. darstellte. Die Einnahmen der Lokalkasse mit Kassenbestand betragen 4308,15 M., die Ausgaben 2277,77 M. Die Revisoren erklärten, Belege und Barbestand in Ordnung befanden zu haben. Dem Kassierer wurde somit Entlastung erteilt. Betreffs der Telefonangelegenheit wurde auf Grund der seitherigen Mißbilligkeiten beschlossen, eine eigene Nummer anzumelden. Kollege Meister gab dann bekannt, daß die Beamten der Gewerkschaften sich bei der Privatbeamtenversicherung versichern müßten. Die Beiträge sollten nach Beschluß des Zentralvorstandes zur Hälfte dem Beamten und zur Hälfte der Verwaltungsstelle zur Last gelegt werden. Die Generalversammlung nahm von diesem Beschluß Kenntnis. In den Vorstand wurden die alten Mitglieder bis auf den Schriftführer, der seines Postens enthoben zu werden wünschte, wiedergewählt. An dessen Stelle wurde Kollege Leopold Rosziellmann gewählt. Kollege Meister dankte zum Schluß allen Delegierten für ihr eifriges Mitarbeiten im verflohenen Jahre und sprach den Wunsch aus, daß es auch in Zukunft so bleiben möchte. **Der Meister.**

Elberfeld. (Geschäftsstelle des Bergischen Landes.) Am Sonntag, den 26. Januar, fand in Remscheid im Lokale Gommann eine Bezirkskonferenz des Bergischen Landes statt, an der 34 Delegierte, der Bezirksleiter Kollege Lange-Ehln und der Lokalsekretär Kollege Weinholz teilnahmen. Die Konferenz wurde um 10 Uhr morgens durch den Bezirksvorsitzenden, Kollegen Lorch mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht (Kollege Weinholz). 2. Diskussion. 3. Regelung der Bezirksbeiträge. 4. Beratung der Anträge. 5. Verschiedenes. 6. Referat.

Nachdem der Schriftführer, Kollege Deppe, die Protokolle von der vorigen Bezirkskonferenz in Solingen und von den Vorstandssitzungen vorlesen hatte, gab Kollege Weinholz den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. In seinen einleitenden Worten gab er einen kurzen Rückblick auf das verflozene Jahr. Des früheren Kollegen Preuß gedachte er mit den Worten: Die Kollegen des Bergischen Landes werden ihm ein dauerndes Andenken be-

wahren. In der Agitation hätten die leitenden Kollegen der Ortsgruppen ihre Aufgaben erfüllt, und man könnte im allgemeinen mit der Entwicklung unserer Organisation zufrieden sein, jedoch sei noch in manchen Orten vieles zu holen, so in Adendorf, Südeswegen, Penney, Wipperfurth, Mettmann, Seilgenhaus und Belsert. In den meisten dieser Orte bestehen noch Zahlstellen oder haben schon bestanden, aber durch die Launigkeit der Bauarbeiter wären sie wieder eingegangen oder kämen nicht voran, welches jedoch nicht Schuld der Vorstände sei, sondern die Bauarbeiter wollten absichtlich den Nutzen der Organisation nicht mehr anerkennen. Wäre es möglich, eine intensive Kleinagitation durchzuführen, so würden wir gute Fortschritte machen. Aber der Bezirk sei zu groß und der Beamte könne allein nicht alles durchführen, zumal in jenen Orten, wo noch etwas zu holen sei, die nötigen Mitarbeiter fehlten. Die Bautätigkeit ließ in einigen Orten zu wünschen übrig, größere öffentliche Bauten wurden nicht ausgeführt. Baugenehmigungen wurden erteilt 1384. Das Baudelegiertenwesen läßt noch viel zu wünschen übrig, sind doch nur vier Orte, wo es eingeführt ist. Dieses müsse anders werden, das Baudelegiertenwesen wäre die Grundlage der Organisation auf den Bauten. Der Arbeitsnachweis würde von den Kollegen zu wenig benutzt, viele Kollegen liefen tagelang an der Straße herum, während ihnen vom Bureau aus Arbeit nachgewiesen werden könnte. Eine genaue Kontrolle könnte überhaupt in der Arbeitsvermittlung nicht geführt werden, da die Kollegen, wenn ihnen Arbeit nachgewiesen würde, sie nicht zurückmeldehen, ob sie dort angefangen haben oder nicht. Es solle in Zukunft von den Kollegen das Mitgliedsbuch zurückbehalten werden. Die Tätigkeit des Beamten erstreckte sich (seit dem 1. September) auf 37 Mitglieder-versammlungen, 1 öffentliche Versammlung, 8 Vorstandssitzungen, 6 Einigungsamtssitzungen, 2 Schlichtungskommissionssitzungen, 3 Baustellenbesprechungen, 3 Arbeiteraus-schusssitzungen, 2 Verwaltungsstellenkonferenzen, 1 Kartellkonferenz, 4 Kartellsitzungen, 2 soziale Kommissionssitzungen, 5 Gewerkschaftsfeste und den Gewerkschaftskongress in Essen. In den Versammlungen sind, wo es möglich war, Vorträge gehalten worden. Der Versammlungsbefuch läßt zu wünschen übrig.

Als ein neues Gebiet ist im Laufe des Herbstes noch Seilgenhaus bearbeitet worden, so daß wir noch eine Zahlstelle dort errichten konnten. Auch in einer Reihe anderer Orte, wo wir zum Teil schon Zahlstellen hatten, müsse im Frühjahr wieder eingeseht werden. Die Durchführung des Vertrages läßt noch in manchen Punkten zu wünschen übrig. Vermähten sich doch viele Unternehmer, die vertraglichen Bestimmungen zu ihrem Vorteil auszulegen, so daß in einer ganzen Reihe von Streitfällen die Schlichtungskommissionen und das Einigungsamt angerufen werden mußten. Ein Hauptstreitpunkt bildet in letzter Zeit das Affordmessen, dessen Einführung die Unternehmer erstrebten, indem sie den Arbeitern Affordarbeit aufzwingen wollten. Die Zahl der Rechtschutzsuchenden sei im Bezirk zurückgegangen, im Jahre 1911 wurde in 151 Fällen schriftlich und in 125 Fällen mündlich, dagegen im Jahre 1912 nur in 49 Fällen schriftlich und in 11 Fällen mündlich Rechtsschutz erteilt. In 23 Fällen endete das Verfahren mit Erfolg und erzielten die Kollegen einen Gewinn von 306,56 M., in den anderen Fällen ist nicht gemeldet worden, ob das Verfahren mit oder ohne Erfolg geendet hat. Der Postengang betrug (seit dem 1. September): 59 Briefe, 53 Karten, 15 Drucksachen, 19 Pakete. Der Ausgang betrug: 69 Briefe, 47 Karten, 200 Drucksachen, 6 Pakete.

Sodann gab Kollege Weinholz einen klaren Ueberblick über das Kassenwesen im Bezirk, indem er zunächst die Kassenverhältnisse der drei Verwaltungsstellen durchging und sodann dieselben für den ganzen Bezirk wie folgt zusammenstellte:

A. Mitgliederverhältnis:

Der Bergische Bezirk hatte am Schluß des Jahres 1911 1015 Mitglieder. Es wurden im Jahre 1912 aufgenommen 424 Mitglieder, zugereist und aus anderen Organisationen übergetreten 357 Mitglieder, zusammen 1796 Mitglieder. Davon abgereist und sonstiger Abgang 740 Mitglieder, bleiben am Schluß des Jahres 1912 1055 Mitglieder. Am Schluß der einzelnen Vierteljahre waren vorhanden: 1. Vierteljahr 1283, 2. Vierteljahr 1322, 3. Vierteljahr 1398, 4. Vierteljahr 1055 Mitglieder. Davon waren Maurer 993, Zimmerer 49, Hilfsarbeiter 243, Stukkateure 79, Dachdecker 11, Hiesener 23 (am Schluß des 3. Quartals). Das ergibt im Jahre eine Durchschnittszahl von 1264 Mitgliedern.

B. Markenverhältnis:

An Marken wurden im Jahre 1912 verkauft: Eintrittsmarken 424, Beitragsmarken 34561, Bezirksmarken 1299, Lokalkassensmarken zu 10 Pf. 5420, zu 20 Pf. 296 Stück. Dieses ergibt eine Einnahme für Beitragsmarken von 34 472,25 M. An sonstigen Einnahmen für Bezirks-, Lokal- und Eintrittsmarken u. dgl. 4263,57 M. Von den Beitragsmarken entfallen auf ein Mitglied im Durchschnitt 37 1/2 Stück. Der Wochenbeitrag macht auf ein Mitglied im Jahre 27,27 M. aus. Verrechnet man diese auf 40 Wochen, so macht das pro Woche 68 Pf.

C. Kassenverhältnisse:

Die **Reineinnahme** im Bezirk beträgt 38 735,72 M. Am Schluß des Jahres 1911 war Bestand 3286,93 M., Summa 42 454,92 M. Die Ausgaben betragen insgesamt 37 508,50 M. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 4946,42 M. Von den Ausgaben sind an die Zentrale gezahlt 1072,77 M., an Sterbeunterstützung 504 M., an Militärunterstützung 16 M., an Streikunterstützung 24,30 M.; die lokalen Ausgaben betragen insgesamt 12 355,55 M.

Zum Schluß hob Kollege Weinholz noch hervor, wenn auch der Bericht nur eine Zeitspanne des Jahres 1912 umfasse, so wäre doch eine recht vielseitige Tätigkeit entfaltet worden, wenn nun auch nicht alle

Hoffnungen in Erfüllung gegangen seien, so wollten wir uns doch die Arbeit nicht verdriessen lassen, sondern weiter arbeiten an dem Ausbau unserer Organisation. Die Zahl der Mitarbeitenden müsse vermehrt werden, kein Kollege dürfe müßig zur Seite stehen. Besonders Wert müßten die Kollegen in den Vorständen auf eine systematische Arbeitsteilung legen, besonders müßten alle Fragebogen, die des Öfteren einfließen, pünktlich wieder zurückgehandelt werden. Manche kostbare Stunde würde den Beamten geraubt durch die Unpünktlichkeit einzelner Kollegen.

Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Weinholz für seinen übersichtlichen Bericht und stellte denselben zur Diskussion. Die Diskussionsredner lobten die klare Uebersicht des Kassenwezens und erklärten, daß der größte Teil ihrer Hoffnungen in Erfüllung gegangen sei und hoffen, daß uns Kollege Weinholz auf der nächstjährigen Bezirkskonferenz einen Bericht geben werde, der noch größere Fortschritte aufzuweisen hätte.

Hierauf wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung übergegangen, Regelung der Bezirksbeiträge. Hierzu lag ein Antrag der Verwaltungsstelle Darmen-Eberfeld vor, welcher lautet: „Die Verwaltungsstellen haben wie bisher an die Bezirkskasse pro Beitragsmarke 10 Pf. zu entrichten und außerdem alljährlich einen Bezirksbeitrag von 1,20 M pro Mitglied.“ Nach einer längeren Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Beratung der Anträge, waren folgende Anträge eingegangen: 1. Die Zentralkasse zu benachrichtigen, daß den Verwaltungsstellen des Bergischen Landes 4 Abrechnungsformulare zugesandt werden müßten. 2. Der Bezirksvorstand, der aus vier Personen besteht, gilt auf zwei Jahre gewählt, jedoch scheidet alljährlich auf der Bezirks-Generalsammlung die Hälfte aus. 3. Die Bezirksmarke zu 60 Pf. müssen mit der Jahreszahl versehen werden. 4. Den Bezirkskassierern wird jährlich ein Kantogeld von 25 M bewilligt. Alle Anträge wurden nach kurzer Debatte angenommen. In Punkt 5 verschiedenes wurde der Bezirksvorstand beauftragt, im Laufe des Frühjahrs eine systematische Agitation einzuleiten. Die Mittel für dieselbe wurden zur Verfügung gestellt. In Punkt 6 der Tagesordnung hielt Kollege Lange einen kurzen Vortrag über die kommende Lohnbewegung und die stattgefundenen Verhandlungen. Um 6 1/2 Uhr wurde die anregend verlaufene Konferenz mit einem Schlußwort an die Delegierten, in nächster Zeit nochmals für den Ausbau unserer Organisation einzutreten, damit wir am 1. April mit geschlossenen Reihen dastehen, geschlossen. Alle für einen und einer für alle, das soll auch in Zukunft unsere Parole sein.

Frankfurt. (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 2. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Schröder. In Marken sind im Berichtsjahre verkauft: 63 zu 35 Pf., 427 zu 45 Pf., 25 zu 50 Pf., 19 zu 50 Pf. Eintrittsmarken, 58 zu 10 Pf. Lokalfondsmarken und 18 zu 50 Pf. Bezirksmarken. Das ergibt eine Einnahme von 452,42 M. An Ausgaben hatte die Zentralkasse 24 M. Betriebsgebäude und 200,74 M. Streifenunterstützung. In der Lokalkasse verließ nach Abzug der Ausgaben noch ein Bestand von 130 M. An die Zentralkasse sind gesandt 217,28 M. Die Mitgliederzahl hat sich verdreifacht. Anfang des Jahres waren sieben Mitglieder im Verbande und am Ende des Jahres 21 Mitglieder. Die Vorstandswahl beanspruchte nur wenig Zeit, da eine Wiederwahl des alten Vorstandes vorgezogen wurde. Es sind somit wiedergewählt die Kollegen Josef Kerber als Vorsitzender, Theob. Schröder als Kassierer und P. Wittig als Schriftführer. Als Bücherrevisor wurde der Kollege August Segner erwählt. In Kassierenrevision sind die Kollegen Josef Wastisch und Paul Klappich gewählt. Hierauf hielt Bezirksleiter G. Müller aus Kosen einen längeren Vortrag. Derselbe kritisierte nochmals kurz die wichtigsten Vorgänge bei der Lohnbewegung und berichtete dann über den Gang der gegenwärtigen Verhandlungen betreffs Abfassung eines Tarifvertrages. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, sei zur Organisation zu halten und an der Leitung des Verbandes mitwirkend mitzuwirken. Der Vortrag wurde mit Beifall angenommen. In der Diskussion wurde das kräftige Verhalten der Facharbeiter beim letzten Lohnkampf nochmals erwähnt. Diese „auch“ Kollegen wollten durch ihren Streik sich als liebe, gehobene Kinder des Arbeitgebers gegenüber zeigen, doch erhielten sie den Lohn in anderer Form. Während die Facharbeiter seit Herbst feiern, arbeiten dem gegenüber und lohnlosen Kollegen gerade die jüngeren Kollegen noch jetzt.

Darmstadt (Bericht.) Am Dienstag, den 4. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vortrag des Kollegen Werner-Danzig, 3. Wahl des Vorstandes, 4. Lokalfonds, 5. Bewegung der Versammlungen, 6. Verchiedenes. Der Kassierer gab den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Dann wurde ihm Entlassung erteilt. Der Zähler hat 80 Mitglieder, 15 müssen wegen Schulden geschieden werden, vier sind abgezogen. Der Vortrag des Kollegen Werner wurde von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit angenommen und am Schluß mit lautem Beifall bedacht. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Anton Best, erster, Franz Fiedler, zweiter Vorsitzender; Paul Fiedler, Kassierer; Viktor Fiedler, erster, Anton Best, zweiter Schriftführer; die Kollegen Adolph Pasch und Paul Schmidt wurden als Kassieren gewählt. Der erste Vorsitzende ist Anton Best. Der erste Vorsitzende ist Anton Best.

deutsch lesen können. Die Versammlung wurde vom ersten Vorsitzenden mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen des christlichen Verbandes um 9 Uhr abends geschlossen.

Kramlau. Am 2. Februar hielten wir im Langerischen Gasthause eine Diskussionsversammlung mit anschließender Kaisergeburtstagsfeier ab. Der Vorsitzende, Kollege Wolf Kaczmarezyk, begrüßte die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung. Der Gedanke, die Versammlung in Form einer allgemeinen Diskussion abzuhalten, war den Kollegen noch neu. Deshalb machte Kollege Cierniok die Anwesenden mit Wesen und Zweck einer solchen Versammlung nahe bekannt. Kollege Cierniok regte dann die Diskussion an. Er sprach über die Entstehungsurachen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und weiter über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitervereinen. Die Diskussion dehnte sich über zwei Stunden aus. In seinem Bestreben, die Versammlungen wieder neu zu beleben und interessant zu gestalten, fand Kollege Cierniok rege Unterstützung beim Kollegen Blatz, was die Versammlung dankbar anerkannte. Zuletzt las Kollege Paul Ripka einen Artikel über Wirtschaftspolitik vor, der große Aufmerksamkeit fand. Eine kleine Feier zum Gedächtnis des Geburtstages unseres Kaisers hielt dann die Kollegen noch eine Zeit lang zusammen.

M.-Glöckbach. Die Verwaltungsstelle hielt am Sonntag, den 2. Februar, die Ausschlußprüfung ab. Der Kassen- und Geschäftsbericht zeigt, daß es in diesem Jahre wieder vorwärts gegangen ist. Aufnahmen, Markennumsatz, wie Kassenverhältnisse zeigten ein gutes Bild. Ein Beweis dafür, daß recht viele Kollegen mitgeholfen haben die Organisation weiter zu heben. Aufnahmen sind zu verzeichnen: im 1. Quartal 49, 2. Quartal 71, 3. Quartal 70, 4. Quartal 89, zusammen 279 Mitglieder. Die Mitgliederbewegung gibt folgendes Bild: Am Schluß 1911 waren es 340, 1. Quartal 1912 306, 2. Quartal 355, 3. Quartal 423, 4. Quartal 455. Der Zuwachs beträgt 115 Mitglieder. Das macht im Durchschnitt des Jahres 40 Mitglieder. Der Beitrittsmarkennumsatz zeigt eine Steigerung gegen das Vorjahr von 1511 Stück. Er betrug 13911 Stück oder 34,08 Mark pro Mitglied und Jahr. Der Durchschnitt an geleisteten Wochenbeiträgen pro Mitglied im ganzen Jahre beträgt 22,88 M oder 57,15 Pf. bei 40 Wochen gerechnet. Der Markennumsatz ist um 2,29 M pro Mitglied zurückgegangen. Der Grund ist wohl auf die Mitgliederunterstützung zurückzuführen. Agitationsmarken sind verkauft 226 Stück à 10 Pf., 2679 Stück à 25 Pf., 361 Stück à 50 Pf. Der Gesamtmarkennumsatz betrug 17688 Stück. Die Einnahme aus ordentlichen Beiträgen macht 9351,20 M, an Eintritts- und Agitationsbeiträgen 1166,25 M. Mit dem Kassenbestand der Lokalkasse in Höhe von 673,91 M aus dem Vorjahre ergibt sich eine Gesamteinnahme von 11197,36 M, gegen das Vorjahr ein Mehr von 1227,34 M. An der Hauptkasse gesandt 6473,79 M, gegen das Vorjahr ein Mehr von 728,32 M. Für Rechtschaffen sind 36,50 M angesetzt, Krankenunterstützung 296,15 M, Sterbenunterstützung 220 M. Die Lokalfondsabgaben betragen 3624,61 M. Eine Lohnbewegung wurde in Dülken geführt mit dem Erfolg von 6 Pf. Lohnhöhung für Arbeiter und Hilfsarbeiter und einem Vertragsabschlusse. Zur Arbeitsniederlegung kam es nicht. Versammlungen fanden innerhalb der Verwaltungsstelle statt 102. Die Zahl ist aber bedeutend größer gewesen, manche Orte lassen es an der Verantwortung der Tragen fehlen. Die Verwaltungsstelle setzt sich aus 15 Jahrestagen zusammen. In den Bericht schloß sich eine anregende Diskussion, wobei besonders Kritik geübt wurde an der großen Zahl (619) Arbeitslosenmarken. Diese Zahl steht in keinem Verhältnis zur wirklichen Arbeitslosigkeit. Es wurde daher beschlossen, daß in jeder Zelle ein Kollege bestimmt werden soll, bei dem sich das arbeitslose Mitglied sofort bei Arbeitslosigkeit zu melden hat, der auch nur allein besorgt ist, Arbeitslosenmarken zu vorausgeben. Kassierer sollen für die Folgezeit keine Arbeitslosenmarken mehr lieben. Mitglieder, welche sich dieser Kontrolle nicht unterziehen wollen, haben den vollen Wochenbeitrag zu zahlen. Es wurde alsdann beschlossen, den Arbeitslosenbeitrag um 5 Pf., also auf 35 Pf. zu erhöhen. In Punkt 2 lag ein Antrag des Vorstandes vor betr. Bücherkontrolle. Derselbe wurde einstimmig angenommen und hat folgenden Wortlaut: „a) In jedem Jahre findet für alle Mitglieder eine Jahresbuchkontrolle durch die Verwaltungsstelle statt. (Die Bücherkontrolle der Jahrestellen, Bundeslegierten und Hauskassierer wird hiervon nicht berührt.) Derselbe soll möglichst in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Februar vorgenommen werden. b) Hauskassierer haben bei der Schlussabrechnung des betr. Quartals dem Zahlstellenkassierer ihr eigenes Mitgliedsbuch zur Kontrolle vorzulegen. Die Hauskassierer bringen darf der Kassierer nicht eher ausgeben bzw. verrechnen, bis das Mitgliedsbuch vorgelegt und in Ordnung befunden ist. c) Zahlstellenkassierer müssen ihr eigenes Mitgliedsbuch den Revisoren bei jedem Quartalsabschlusse bei der Kassenrevision zur Kontrolle vorlegen. d) Das Buch nicht in Ordnung, so sind die Revisoren gehalten, sofort dem Verwaltungsstellenvorstand hiervon Mitteilung zu machen.“ Dann schritt man zur Vorstandswahl. Aus der geheimen Wahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Johann Kalf-Hierken, 2. Vorsitzender Heinrich Müller, M.-Glöckbach, 1. Kassierer Herrn. Schwarz, 2. Kassierer Heinrich Götz-Hütchen, 1. Schriftführer Josef Bruner-Rheydt, 2. Schriftführer Heinrich Benzen-Granthert, als Revisoren Joh. Pütz-Oberkirchgen, Jakob Hoff-M.-Glöckbach und Peter Sagen-Hellenabrunn. Im Anschluß an die Wahl dankte der Bezirksleiter, Kollege H. Lange, allen Kollegen, welche mitgeholfen haben, unsere Bewegung vorwärts zu bringen. Dann hielt Kollege Lange einen Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung. Derselbe erregte, daß das Problem für unsere Verhältnisse ein sehr schweres ist. Der Verband vertritt in noch unzulänglicher Dauer war die Sitzung. Die Anregungen, die gegeben sind, werden zur weiteren Stärkung unserer Verbandes beitragen.

Pengerich i. B. Am Sonntag, den 9. Februar fand im Lokale des Wirtes Steggemann die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Kollegen Knoke über die stattgefundenen Tarifverhandlungen und die jetzige Lage im Baugewerbe. 2. Vorstandswahl. Der Vorsitzende, Kollege Wulf gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, warum die Generalversammlung verspätet stattfand. Der größte Teil der Kollegen sind Zugereiste und sind dieselben vor Weihnachten nach ihrer Heimat gefahren und erst jetzt wieder hier eingetroffen. Aus diesen Gründen erfolgte die Verschiebung der Generalversammlung. Sodann erhielt Kollege Knoke das Wort zu seinem Vortrage. Er richtete von dem bisherigen Gang der Verhandlungen und gab sodann einige lehrreiche Hinweise über die jetzige Lage im Baugewerbe. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, das Interesse und die Treue zur Organisation aufrecht zu erhalten, dann wird an der Verband über die Schwierigkeiten hinwegkommen vor wie in diesem Frühjahr stehen. Die darauffolgende Diskussion stimmte den Ausführungen zu. Die Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Wulf erster, Krefel zweiter Vorsitzender, Duester erster, Marx zweiter Schriftführer, Georg Dreier Kassierer, Revisoren Funke und Meier.

Reheim. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen 1. Quartals- und Jahresbericht. 2. Wahl der Delegierten zum Kartell. Kollege Emde erstattete den Quartals- und Jahresbericht. Die gesamte Einnahme betrug 1176,09 M. Es konnten mithin abgezahlt werden 1062,39 M. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug 233,69 M. Die Ausgabe 210,55 M, mithin beträgt der Bestand für nächste Quartal 72,74 M. Versammlungen wurden 17 abgehalten. Der Vorsitzende warf nochmals einen Blick auf das vergangene Jahr und erwähnte die Kollegen, immer noch mehr für die gute Sache zu arbeiten. Vielleicht wäre doch noch mancher, der noch nicht ganz und voll seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Die Versammlungen könnten auch manchmal besser besucht sein. Das Bundeslegiertensystem hätte besser funktionieren können, wir hätten dann vielleicht die 20 noch fehlenden bekommen. Gerade hier im Saarlande müßten wir unter Agitationsfeld immer mehr ausbreiten, damit die Gegner hier keinen festen Boden unter die Füße bekommen.

Paderborn. (Jahresbericht der Verwaltungsstelle) Am 6. Februar fand die Vorstandssitzung der Verwaltungsstelle statt. Laut Bericht des Vorstandes wurde innerhalb der Verwaltungsstelle abgehalten: zur Agitation und Agitation 38 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung, 12 Vorstandssitzungen und 12 Vertrauensmännerversammlungen. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 387. Der Versammlungsbesuch konnte nicht befriedigen, hier muß es in Zukunft gesonderte besser werden. Die Kassenverhältnisse waren folgende: Es wurden verkauft 136 Eintrittsmarken à 50 Pf., Beitragsmarken zu 35 Pf. 62 Stück, zu 45 Pf. 321 Stück, zu 50 Pf. 2817 Stück, zu 60 Pf. 10789 Stück, zu 80 Pf. 40 Stück, Arbeitslosenmarken zu 25 Pf. 298 Stück, Lokalfondsmarken zu 10 Pf. 700 Stück. Die Reineinnahme betrug 8318,02 M. Hinzukommt der Kassenbestand vom Vorjahre von 1551,45 M, ergibt eine Gesamtsumme von 9869,47 M. Ausgabe für die Hauptkasse: An die Zentrale geschickt 6161,93 M, an Krankenkasse ausbezahlt 267,25 M, an Sterbegeld 52 M, an Militärunterstützung 19 M. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen für die gesamte innere Verwaltung und Einrichtung, Unterhaltung der Mitglieder in Notfällen und Kartellbeiträge 877,91 M. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 2927,27 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Die Arbeitslegenheit im Verwaltungsgebiete war allgemein sehr schwach. Paderborn wurden Baugenehmigungen erteilt 109 Neubauten und für 90 Um- und Anbauten. Die tariflichen Löhne wurden überall gezahlt. Die Wahl einer Schlichtungskommission statt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes und zwar als Vorsitzender Adolf Westphal, als Kassierer Wilhelm Giesbrock, als Schriftführer Hermann Niebuhr, als Revisor Wilhelm Benkel, Wilhelm Willecke, Josef Schmidt, als Revisoren Heinrich Westphal und Josef Buttewegge. — Kollegen von Paderborn! Der vorstehende Bericht gibt Aufschluß über die Organisationsarbeit des vergangenen Jahres. Wir können wiederum einen kleinen Fortschritt feststellen. Trotzdem müssen wir aber noch schärfen an dem Ausbau unserer Organisation arbeiten. Der Ablauf des Vertrages bietet die beste Gelegenheit hierzu, besonders muß die Agitation auf den Arbeitsplätzen durch die Bundeslegierten besser durchgeführt werden. Tue darum jeder Kollege seine Pflicht, und Erfolg wird nicht ausbleiben. Der Verband ist ein Zahnstocher, denselben stark zu machen, damit er alle Ausgaben erfüllen kann zum Wohle der Mitglieder, dies ist unsere Aufgabe. Darum Treu um Treue für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands!

Sattgenhausen. Die Verwaltungsstelle Sattgenhausen hielt am 2. Februar ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung war: 1. Kassen- und Jahresbericht, 2. Vorstandswahl. Den Kassen- und Jahresbericht erstattete Kollege Heinemann. Die gesamte Einnahme betrug im Jahre 1912 287,15 M. An Lokalen Ausgaben hatte Zentrale für Krankenunterstützung 68,50 M. Die Einnahme der Lokalkasse mit Bestand vom vorigen Jahre betrug 80,90 M, die Ausgabe 33,73 M, bleibt ein Bestand von 47,17 M. Ausgebaut wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen hervor: Wilhelm Kämann als erster, Georg Eggert als zweiter Vorsitzender, Ludwig Heinemann als Kassierer, Heinrich Dürmann, Karl Schneemann, Karl Boile als Kassieren, Heinrich Scholle als Bücherrevisor. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Bauhilfsarbeiter.

Berlin. Am 8. Februar fand in der Stralauer Straße Nr. 53 (Kärnerheim) unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vortrag, 3. Vorstandswahl, 4. Erledigung von Anträgen, 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkt führte der Vorsitzende, Kollege Kirstein, aus, daß infolge der am Orte herrschenden schlechten Baukonjunktur es nicht möglich war, die Zahlstelle weiter voran zu bringen. Die Mitgliederzahl ist seit dem Schlusse des Jahres 1911 dieselbe geblieben. Die durch die Abreise einer Anzahl von Kollegen nach anderen Gebieten entstandenen Lücken sind durch Neuaufnahmen ausgeglichen. Es hätte doch noch etwas mehr erreicht werden können, wenn die Kollegen in der Agitation rühriger gewesen wären und die Versammlungen besser besucht hätten. Ist es doch vorgekommen, daß zwei Versammlungen wegen schlechten Besuches ausfallen mußten. Dann hielt Kollege Hildebrandt einen lehrreichen Vortrag über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit in der jetzigen Zeit. In der Hand von Beispielen wies Redner nach, daß heute die Mitarbeit jedes einzelnen erforderlich sei, wenn auf gewerkschaftlichem Gebiete Erfolge erzielt werden sollen. Wer nicht mitarbeitet, schädigt nicht nur die Interessen seines Standes, sondern auch die seiner Familie. Auch durch die verschiedenen Strömungen auf gewerkschaftlichem Gebiete dürfen wir uns von dem von uns als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Reicher Beifall lohnte dem Vortragenden. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Paul Thoraß, 1. Vorsitzender; F. Kirstein, 2. Vorsitzender; F. Lehmann, 1. Schriftführer; A. Pamaß, 2. Schriftführer; Robert Schwenke, Beisitzer; Kartelldelegierter: Franz Schwenke. In die Beerdigungskommission wurden die Kollegen Paul Thoraß, F. Kirstein und F. Lehmann gewählt, in die Reichwerdungskommission die Kollegen Pamaß, Weuster und Johann Thoraß. Zum Punkt „Anträge“ wurde beschloffen, an die Verwaltungsstelle den Antrag zu stellen, künftig den Referenten, soweit sie anderen christlichen Organisationen angehören, ihre persönlichen Ausgaben an Fahrgehalt usw. zu ersetzen. Zum Schlusse erteilte der Vorsitzende die Kollegen, im neuen Jahre an der Ausbreitung unserer Organisation mitzuwirken und die Versammlungen besser zu besuchen. Mit dem Appell an die Kollegen, im neuen Geschäftsjahr in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit zu tun, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zimmerer und Dachdecker.

Gelsenkirchen. (Zahlstelle der Zimmerer und Dachdecker.) Am Sonnabend, den 1. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Zahlstelle der Zimmerer und Dachdecker. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Kollegen Kirchner von Essen über das Jahr 1912 und seine Begleiterscheinungen. 4. Verschiedenes. Alsdann erhielt der Kassierer, Kollege Gommert, das Wort zum Jahresbericht. Er gab bekannt, daß die Zahlstelle am Schlusse des vorigen Jahres 39 Mitglieder hatte. Es seien im Jahre 1912 aufgenommen 25, zugereist 19, abgereist 33, sonstiger Abgang 5. Es verbleiben am Schlusse des Jahres 45 Kollegen, ein Mehr von sechs Kollegen. Im Jahresdurchschnitt hatten wir 52 Kollegen, davon sind 34 Zimmerer und 18 Dachdecker. Es seien im Jahre 1912 für 6,50 M Futterale verkauft worden. Der Markenverkauf hatte sich wie folgt gestaltet: 25 Stück zu 50 Pf. (Eintrittsmarken) gleich 12,50 M, 72 Stück zu 60 Pf. (Beitragsmarken) gleich 43,20 M, 184 Stück zu 70 Pf. (Beitragsmarken) gleich 128,80 M, 1764 Stück zu 80 Pf. (Beitragsmarken) gleich 1411,20 M, 431 Stück zu 10 Pf. (Votalkassensmarken) gleich 43,10 M, 30 Stück zu 25 Pf. (Arbeitslohnmarken) gleich 7,50 M, 57 Stück zu 100 Pf. (Agitationsmarken) gleich 57 M. Gesamteinnahme 1693,65 M. Die Einnahme der Zahlstellenkasse betrug 269,42 M. Bestand vom letzten Quartal 1911 39,12 M, Summe 308,54 M. Die Ausgaben betragen 235,62 M, bleibt Bestand 72,92 M. Es fanden 18 Versammlungen statt, davon sind 16 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche, außerdem 13 Vorstandssitzungen. Die Versammlungen waren mangelhaft besucht. Es wird erwartet, daß das nächste besser wird. Hierauf dankte der Vorsitzende dem Kollegen für seinen Bericht und bemerkte, daß die Revisoren bei sämtlichen Revisionen alles in bester Ordnung gefunden hätten und dankte er nochmals dem Kollegen für die treue Verwaltung der Kasse. Alsdann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Es wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und zwar als erster Vorsitzender der Kollege Jahn (Zimmerer), zweiter Vorsitzender Kollege Zeller (Dachdecker), erster Kassierer Kollege Gommert (Zimmerer), zweiter Kassierer Kollege Moß (Dachdecker), erster Schriftführer Kollege Oeff (Dachdecker), zweiter Schriftführer Kollege Engel (Zimmerer). Als Verwaltungsstellendelegierte wurden gewählt Gommert (Zimmerer) und Moß (Dachdecker), als Kartelldelegierte Jahn (Zimmerer) und Zeller (Dachdecker), als Stellvertreter für Jahn Kollege Gommert und für Zeller Kollege Schollte (Dachdecker). Als Revisoren wurden die Kollegen Stang (Zimmerer) und Güller (Dachdecker), als Türkontrollure die Kollegen Stang (Zimmerer) und Hochdamm (Zimmerer) gewählt. Als Hauskassierer wurden gewählt für die Altstadt Kollege Moß, für Gelsenkirchen-Bulmte Kollege Fischboß, für Gelsenkirchen-Schalke-Bismark Kollege Oeff, für Gelsenkirchen-Schalke-Nord und Heßler Kollege Jahn, für Rotthausen und Traß Kollege Gommert. Hierauf dankte der Vorsitzende im Namen des ganzen Vorstandes für die einstimmige Wiederwahl und bemerkte, daß daraus zu ersehen sei, daß die Kollegen ihr ganzes Vertrauen auf den Vorstand setzten und mit seinem Arbeiten voll und ganz zufrieden seien. Sodann bat er die Kollegen, daß sie sich aber auch in diesem wie im vorigen Jahre eifrig an der Agitation beteiligen sollten, wie auch an der sonstigen gewerkschaftlichen Arbeit. Dann erhielt der Kollege Kirchner das Wort zu seinem Referat. Er ver-

bretete sich in längeren Ausführungen über das Jahr 1912 und dessen Begleiterscheinungen. Besonders ging er auf die Wirtschaftslage ein, sowie auf den deutschen Außenhandel. Am Schlusse seines Vortrags streifte er noch die Kämpfe unserer Gewerkschaftsbewegung. Er wies darauf hin, daß die Angriffe nicht so erfolgreich hätten abgeschlagen werden können, wenn unsere Führer nicht so besonnen und sachlich gehandelt hätten. Ferner aber auch, weil die Führer ein trefflich geschultes Heer hinter sich hatten. Der Redner richtete dann noch manche beherzigenswerte Mahnung an die Kollegen. Sie sollten nicht kleinlich sein, nicht über ein Streichholz oder einen Strohhalm strahlen und dabei einen ganzen Porzellanschrank zertrümmern. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Kirchner für seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion versprachen die Kollegen, die Worte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Hierauf wurde zu Punkt Verschiedenes übergegangen. Der Kollege Zeller stellte den Antrag, in den neun Sommermonaten einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat für die Lokalkasse zu zahlen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zimmerer.

Hamm. In unserer am 9. Februar stattgefundenen Versammlung gab der Kassierer, Kollege Post, den Kassierbericht vom 4. Quartal und den Jahreskassenbericht. Die Jahreseinnahme für die Verwaltungsstelle betrug 627,92 M, die Jahreseinnahme der Lokalkasse 216,67 M. Die Ausgabe 82,33 M. Der Kassenbestand beträgt 134,34 Mark. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und der Dank für seine Mühewaltung ausgesprochen. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Heinrich Bohmann als 1. und Heint. Ester als 2. Vorsitzender; als Kassierer Ferd. Post, als Schriftführer Heint. Dickmann, als Revisoren H. Sparenberg, Bernh. Frey und Otto de Bries; als Delegierter zur Ausschussbildung Heint. Bohmann, als Mitglieder der Schlichtungskommission Hermann Wamms und Ferd. Post, als Delegierte zum Kartell Heint. Bohmann, Bernh. Frey und H. Ester. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, bei Heitfeld statt. Der Vorsitzende sprach die Bitte aus, die Mitglieder möchten die Versammlung besser besuchen, das sei notwendig angesichts des uns ev. bevorstehenden Kampfes. Eine bedauerliche Tatsache sei es, daß die Agitation mangelhaft betrieben würde, sonst dürfte es nicht vorkommen, daß heute noch Unorganisierte ungestört mit unseren Kollegen in einem Geschäft zusammen arbeiten, ohne daß diese andauernd auf ihr falsches Handeln aufmerksam gemacht würden. In diesem Jahre müße es besser werden und mehr Eifer und Energie für unsere Sache gezeigt werden. Darauf hielt Kollege Bücher einen interessanten Vortrag über die amerikanischen Gewerkschaften. Das Andenken des verunglückten Kollegen Fröhlich wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Die Kollegen werden gebeten, auch an den gemeinsamen Versammlungen teilzunehmen, weil dort stets aufklärende Vorträge gehalten werden. Es wurde besonders auf die nächste gemeinschaftliche Versammlung hingewiesen, in welcher ein lehrreiches Thema behandelt werden soll. Etwas mehr Mißbegierde muß da gezeigt werden.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Ein Erfolg des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen. Der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen (angeschlossen dem Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften) hatte an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in der die Errichtung von Fachauschüssen für die verschiedenen Zweige der Heimarbeit gewünscht wurde. Jetzt nun ist die Antwort des Bundesrats erfolgt. Danach ist die Einrichtung einer beträchtlichen Anzahl solcher Ausschüsse in Aussicht genommen. Unter den Orten und Gewerbegebieten, die vom Gewerksverein in Vorschlag gebracht wurden, weil sie die Einrichtung eines Fachauschusses besonders bedürftig sind und die Verhältnisse auch geeignet dafür erscheinen, befinden sich Berlin, Breslau, Erfurt, Frankfurt a. M., Bielefeld für die Damenkonfektion und teilweise auch für die Wäschbranche, Berlin, Neuß und Eresfeld für die Krawatten-Heimarbeit, M.-Glabbach für die Korsett- und Tricotmacherei.

Gewerkschaftliche Fortschritte in der Industrie der Steine und Erden. Der Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter Deutschlands, der sich auf die Berufswege der gesamten Natur- und Kunststeinindustrie, der Zement-, Kalk- und Gipswareindustrie, der Ton-, Ziegel-, Porzellan-, Steingut- und Glasindustrie, sowie auf das Töpfergewerbe erstreckt, hat im abgelaufenen Jahre eine wesentliche Vorwärtentwicklung aufzuweisen. Die Mitgliederzahl, welche bereits 8000 überschritten hat, zeigt gegenüber dem Jahresschluß des Vorjahres eine Erhöhung um 15 Prozent. Noch günstiger haben sich die Kassenverhältnisse gestaltet. Der Bestand an der Hauptkasse allein hat sich seit Jahreschluß 1911 um 37 Prozent vermehrt. Der Verband hat in letzter Zeit auch in den Hochburgen des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes, im Königreich Sachsen, festen Fuß fassen können. Dieser Vormarsch der christlichen Gewerkschaften in der vorwiegend in ländlichen Gebieten domizilierenden Industrie der Steine und Erden ist um so bedeutender, als die Sozialdemokratie jährlich viele Hunderttausende von Mark in der Agitation aufwendet, um diese Arbeitermassen für die sozialdemokratischen Organisationen zu gewinnen.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Verein deutscher Firmen für Schornsteinbau und Feuerungsanlagen hielt am 14. und 15. Februar in Berlin seine Generalversammlung ab. Es lag u. a. auch ein Antrag vor, den Verein dem Deutschen

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe korporativ anzuschließen. Nach lebhaften Auseinandersetzungen stimmte die Generalversammlung dem Antrage zu. Den Mitgliedern wurde empfohlen, den örtlichen Verbänden des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe beizutreten.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1913 war nach dem „Reichsarbeitsbl.“ in Anbetracht der Jahreszeit günstig zu nennen. Die aus der Industrie vorliegenden Berichte bezeichnen den Geschäftsgang überwiegend als gut.

Besonders gilt dies vom Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und Niederschlesien, wie auch vom Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland und in der Niederlausitz. Diese hatten infolge des nunmehr behobenen Wagenmangels flotte Förderung und guten Absatz.

Die Hoheisenerzeugung war gut beschäftigt; das gleiche gilt von der Eisen-, Maschinen-, elektrischen und chemischen Industrie. Die Textilindustrie, das Bekleidungs- und die Papierindustrie hatten im allgemeinen einen hehrlichen Geschäftsgang.

Im Baugewerbe war die Beschäftigung nach den meisten Berichten in Rücksicht auf die Jahreszeit still und schlechter als im Vormonate, da infolge des milden Wetters viele Bauten früher fertiggestellt werden konnten, neue Aufträge aber nur in geringem Maße vorlagen. Weiter kommt noch eine gewisse Zurückhaltung in der Erstellung von Privatbauten infolge der am 31. März d. J. ablaufenden Tarifverträge hinzu.

Bei den Innungskrankenkassen des Baugewerbes, die sich auf 43 377 männliche und 729 weibliche Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. Februar gegen den 1. Januar eine Abnahme von 2927 männlichen und 128 weiblichen Versicherungspflichtigen, abzüglich der Kranken. Die Betriebskrankenkassen mit einem Bestande von 36 888 männlichen und 721 weiblichen versicherten Mitgliedern hatten eine Abnahme von 168 männlichen und 83 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern ohne Kranke aufzuweisen.

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen in Beschäftigung stehenden Mitglieder war um 22 924 Personen geringer als am 1. Januar 1913. Diese Abnahme bezog sich ausschließlich auf das männliche Geschlecht, das 29 718 Personen einbüßte, während das weibliche Geschlecht sich um 6724 Personen vermehrte. Ein Rückgang des Beschäftigungsgrades tritt im Laufe des Jahres regelmäßig ein; er war aber im Vorjahr mit 56 412 Krankenkassenmitgliedern (— 61 649 männliche, + 5237 weibliche Mitglieder) erheblich größer. In diesem Jahre trat bei der Gruppe der Betriebskrankenkassen auch bei den männlichen Mitgliedern eine Steigerung ein. Gegen den Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1913 = 100 setzt, beim männlichen Geschlecht im Verhältnis zum Vormonate von 100 auf 99 gefallen, beim weiblichen Geschlechte dagegen gleich geblieben (100).

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ausschließlich Bayerns betrug im Januar 1913: 164 529 800 M., das sind 354 992 M. weniger als im Vormonate, dagegen 15 088 232 M. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Mehrereinnahme gegenüber dem Vorjahr bezieht sich auf 247 M. oder 8,73 v. H. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Januar 1913 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 921,41 Millionen Mark, die Ausfuhr einen Wert von 752,14 Millionen Mark gegen 828,45 Millionen Mark und 614,19 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Erdbeben, Erdstöße, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzufenden.

Bochum. Bereits zweimal mußten wir über einen Bauunfall am Neubau Wolle & Comp., Bismarckstraße, berichten. Die Zahl der Unfälle hat sich jetzt wieder um einen vermehrt. Am Sonnabend, den 15. Februar, stürzte der Dachdecker Schwerin durch einen Fehltritt vier Stocwerke tief ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß die Heberführung ins Krankenhaus notwendig wurde. Einige Rippenbrüche und sonstige innere Verletzungen sind die Folgen des Unfalls. Ein Schutgerüst soll vorhanden gewesen sein; die Untersuchung wird das Weitere ergeben.

Herne. (Bauunfall.) Am Freitag, den 14. Februar, stürzte unser Kollege, der Zimmerer Albert Jantsch, welcher mit Gerüstbau an der neuen Eisenbahnbrücke (Straße Herne-Castrop) beschäftigt war, circa fünf Meter hoch ab und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen der Arme bereits am Sonntag, den 16. Februar, starb. Der Unfall soll auf einen Fehltritt zurückzuführen sein.

Frier. (Unfall.) Am 17. Februar ereignete sich an dem Neubau der Moselbrücke (Firma Vidershoff u. Wiedmann) ein schwerer Unglücksfall. Unser Kollege Franz Roh aus Palsin stürzte aus einer Höhe von ungefähr 12 Meter in die Tiefe und erlitt dabei mehrere Rippenbrüche und sonstige innere Verletzungen.

Hannover. (Bauarbeiter u. h.) Die berechtigten Klagen über mangelhaften Schutz für Leben und Gesundheit der auf Bauten beschäftigten Arbeiter sind, beweist recht drastisch der Jahresbericht des Stadtpolizeiamtes Hannover. Das „Hannoverische Tageblatt“ (Nr. 30) bringt aus demselben folgenden Auszug, den wir unseren Kollegen nicht vorant-halten wollen:

